

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Article

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (1999) : Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 5, Iss. 6, pp. 1-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142967>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inhaltsverzeichnis

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999

Zusammenfassung	5
1. Die Lage der Weltwirtschaft	7
Überblick	7
Geldpolitik regt Konjunktur in den Industrieländern an	7
Finanzpolitik etwa konjunkturneutral	8
Ausblick: Positive Tendenzen überwiegen	8
Rezession in Lateinamerika	10
Allmähliche Erholung in den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens	11
Vorübergehende Abschwächung der Expansion in Mitteleuropa – anhaltender Rückgang in der GUS	13
Leichte konjunkturelle Verlangsamung in den USA	14
Nur schwache Belebung in Japan	16
Westeuropa	17
Allmähliche Belebung außerhalb des Euro-Raumes	17
Überwindung der Konjunkturschwäche im Euro-Raum	18
<i>Geldpolitik regt die Konjunktur an</i>	18
<i>Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral</i>	19
<i>Ausblick</i>	20
2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	21
Überblick	21
Außenwirtschaftliche Belastungen werden geringer	22
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen bleiben günstig	22
Konjunkturperspektiven hellen sich auf	23
Ausfuhr steigt wieder	24
Vorübergehende Schwäche bei den Ausrüstungsinvestitionen	25
Tatsache bei den Bauinvestitionen durchschritten	25
Lebhafter privater Verbrauch	26
Preisanstieg beschleunigt sich leicht	27
Produktion überwindet Schwächephase	27
Beschäftigung nimmt nur langsam zu	27
Leistungsbilanz bleibt defizitär	30
Budgetdefizit nimmt ab	31
Eine abweichende Einschätzung	33
3. Zur Wirtschaftspolitik	34
Geldpolitik	37
Finanzpolitik	38
Zum Subventionsabbau	42
Lohnpolitik	44
Eine andere Meinung zur Lohnpolitik	45

Tabellenübersicht

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Tab. 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Industrieländern	9
Tab. 1.2	Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in lateinamerikanischen Ländern	11
Tab. 1.3	Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in asiatischen Ländern	12
Tab. 1.4	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa	14
Tab. 1.5	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum	21

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Tab. 2.1	Regionale Entwicklung des deutschen Exports	24
Tab. 2.2	Bauinvestitionen in Deutschland	26
Tab. 2.3	Eckdaten der Prognose für Deutschland	29
Tab. 2.4	Arbeitsmarktbilanz	30
Tab. 2.5	Auswirkungen der Steuerreform auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte	33

3. Zur Wirtschaftspolitik

Tab. 3.1	Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland	36
Tab. 3.2	Ausgaben des Staates, Abgaben, Budgetsaldo und Schuldenstand	41
Tab. 3.3	Internationaler Vergleich der Körperschaftsteuersätze und der Einkommensteuerspitzenätze	43
Tab. 3.4	Subventionen in Deutschland nach Kategorien und unterschiedlichen Erfassungskonzepten	44

Deutschland

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Übersicht der Abbildungen

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Abb. 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA	15
Abb. 1.2	Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan	17
Abb. 1.3	Zur monetären Lage im Euro-Raum	19
Abb. 1.4	Reales Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum	20

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Abb. 2.1	Ausfuhr Deutschlands nach Ländern und Regionen	25
Abb. 2.2	Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland	29
Abb. 2.3	Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	31
Abb. 2.4	Beschäftigung schaffende Maßnahmen und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland	31
Abb. 2.5	Zur Entwicklung der Staatsfinanzen 1980-2000	34
Abb. 2.6	RWI-Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland	35

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999

– Zusammenfassung –

Die Weltkonjunktur hat sich seit dem vergangenen Sommer nochmals verlangsamt. Im Verlauf dieses und des nächsten Jahres wird sich der Produktionsanstieg in der Weltwirtschaft mit der Belebung in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die in Asien bereits eingesetzt hat und in Südamerika im kommenden Jahr erfolgen dürfte, wieder etwas verstärken. In den Industrieländern wird sich das Konjunkturgefälle im Prognosezeitraum verringern: Die Produktion in Japan wird vor allem wegen der massiven Impulse durch die Finanzpolitik nicht mehr schrumpfen, und die konjunkturelle Schwäche in Westeuropa wird als Folge der Anregungen von der Geldpolitik überwunden. Gleichzeitig dürfte sich der bisher sehr kräftige Aufschwung in den USA verlangsamen. An dem mäßigen Tempo der wirtschaftlichen Expansion in den Industrieländern insgesamt wird sich alles in allem wenig ändern. Dabei bleibt der Preisauftrieb gering, wenngleich die Inflationsraten vor allem infolge wieder aufwärts tendierender Rohstoffpreise allmählich etwas anziehen.

In Deutschland geriet der Aufschwung, der mit Beginn des Jahres 1998 von den Exporten auf die Binnennachfrage übergegriffen hatte, bereits in der zweiten Jahreshälfte ins Stocken. Durch den externen Nachfrageschock, ausgelöst durch die Krisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika, wurden alle westeuropäischen Volkswirtschaften mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen. In Deutschland kam es durch die Kumulation der dämpfenden Effekte zu einer ausgeprägten Exportschwäche. In der Folge hat sich die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts deutlich verlangsamt, und der Beschäftigungsanstieg kam zum Stillstand.

Die monetären Rahmenbedingungen für die Konjunktur sind nach wie vor günstig. Nach der jüngsten Zinssenkung durch die Europäische Zentralbank ist die Geldpolitik deutlich expansiver geworden. Auch die langfristigen Zinsen werden vorerst niedrig bleiben. Die dämpfenden Einflüsse auf die Ausfuhr werden in den kommenden Mona-

ten spürbar nachlassen. Von daher bestehen gute Voraussetzungen für eine baldige Festigung der Konjunktur, zumal es auch in der Finanzpolitik bald mehr Klarheit über den Reformkurs geben dürfte. Zwar wird es noch einige Zeit dauern, bis die Nachwirkungen der Exportschwäche auf die Binnennachfrage bewältigt sind; dies gilt insbesondere für die Investitionstätigkeit. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte wird aber auch die Binnennachfrage wieder an Schwung gewinnen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Erholung verstärken. Damit wird sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessern. Der Preisanstieg wird sich auch wegen wieder leicht anziehender Einfuhrpreise etwas beschleunigen, insgesamt aber moderat bleiben (das RWI schätzt die Konjunkturperspektiven günstiger ein).

Trotz dieser günstigen Perspektive für die Konjunktur bleiben die Kernprobleme der deutschen Wirtschaft bestehen. Vor allem die Lösung des Beschäftigungsproblems erfordert große Anstrengungen. Es liegt nun an der Finanzpolitik und an der Lohnpolitik, die Hemmnisse für Investitionen zu beseitigen und die Einstellung von Arbeitskräften attraktiver zu machen.

Die Institute plädieren erneut für eine Steuerreform, bei der es zu einer deutlichen Entlastung kommt und nicht die vollständige Finanzierung durch höhere Steuern an anderer Stelle gesucht wird. Die Finanzierung sollte vielmehr in erster Linie durch Einsparungen auf der Ausgabenseite – zum Beispiel durch Subventionskürzungen – erreicht werden.

Im Vorfeld der Verabschiedung einer Unternehmensteuerreform hat die Bundesregierung einen Weg eingeschlagen, der ordnungspolitisch problematisch ist. Konkrete Vorhaben wie die Verringerung der Körperschaftsteuer oder die Abschaffung von Steuervergünstigungen oder Subventionen können nicht Gegenstand von Verhandlungen mit den „betroffenen“ Unternehmen sein. Auch wenn ein Austausch von Informationen immer sinnvoll ist, einen Verhandlungsprozeß darf es

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt ^a (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,8	1,7	2,6	2,8	1,7	2,6	2,0	2,0	2,6
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	33.970	34.045	34.160	27.915	27.980	28.105	6.055	6.065	6.055
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.279	4.025	3.755	2.904	2.740	2.520	1.375	1.285	1.235
Arbeitslosenquote ^c (in vH)	11,2	10,6	9,9	9,4	8,9	8,2	18,5	17,5	16,9
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,0	0,7	1,5	0,9	0,7	1,5	1,1	0,7	1,5
Finanzierungssaldo des Staates gemäß ESVG ^e (in vH)	-2,0	-1,7	-1,4						

^a In Preisen von 1991. – ^b Im Inland. – ^c Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). – ^d Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ^e Finanzierungssaldo des Staates in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – 1999 und 2000: Prognose der Institute.

nicht geben. Die Steuerreform und der Abbau von Subventionen sollten vielmehr nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten entworfen werden, wobei Effizienzgesichtspunkte im Vordergrund stehen müssen.

Die Transparenz bei wichtigen Entscheidungen der EZB kann noch verbessert werden. Bei der Zinssenkung im April dieses Jahres hat sie vermutlich besondere Rücksicht auf die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Raum genommen, was verständlich ist. Es könnte aber der Eindruck entstehen, daß die EZB bei der Gewichtung der einzelnen Einflußfaktoren diskretionär vorgeht.

Die Lohnpolitik hat in diesem Jahr die zuvor verfolgte Linie der Lohnzurückhaltung verlassen. Auch unter dem Eindruck der im vergangenen Jahr erstmals wieder verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt wurden deutlich höhere Tariflöhne vereinbart. Zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt halten die Institute nach wie vor eine Politik der Lohnzurückhaltung für notwendig (das DIW vertritt hinsichtlich der Lohnpolitik eine andere Meinung).

Nach der Prognose der Institute wird es im laufenden und mehr noch im nächsten Jahr zu einer spürbaren Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland kommen. Ein erheblicher Teil des Rückgangs ist aber darauf zurückzuführen, daß sich das Arbeitsangebot ungewöhnlich deutlich verringert. Ferner ist zu bedenken, daß der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland immer noch in großem Umfang durch Beschäftigungsfördernde Maßnahmen gestützt wird. Die bisherige und auch die zu erwartende Abnahme der Arbeitslosigkeit ist also nicht Spiegelbild einer dynamischen Beschäftigungsentwicklung. Für das Ziel, die Beschäftigung nachhaltig zu erhöhen, ist auch die Lohnpolitik gefordert. Wenn bei den Gesprächen im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“ ein Konsens über eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik erzielt werden könnte, wäre ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte Erhöhung des Beschäftigungsstandes getan.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur hat sich seit dem vergangenen Sommer nochmals verlangsamt. Dies war eine Folge der Krise in Asien, deren Wirkungen zunehmend in den Industrieländern spürbar wurden. Hinzu kamen die Produktionseinbrüche in Rußland und in Südamerika.

In Südostasien hat sich zwar die Situation allmählich stabilisiert, auch weil Maßnahmen zur Restrukturierung eingeleitet worden sind, doch hat sich dies in den Importen aus den Industrieländern bisher kaum niedergeschlagen. Die Wirtschaftskrise in Rußland wurde durch die drastische Verringerung der Zahlungsfähigkeit des Staates ausgelöst. In Brasilien führte die Kombination von steigenden Leistungsbilanzdefiziten infolge der durch die Wechselkursbindung bedingten anhaltenden realen Überbewertung des Real und dem Unvermögen des Staates zur Konsolidierung zu einem starken Vertrauensverlust. Dies hatte erhebliche Kapitalabflüsse zur Folge, und das Wechselkursregime wurde aufgegeben. Auch andere Länder in der Region traten im vergangenen Sommer im Zuge der Rußlandkrise mit Zinsanhebungen und restriktiven finanzpolitischen Maßnahmen einer Kapitalflucht entgegen, allerdings hat sich die Situation inzwischen wieder entspannt. Bedeutsam waren auch die anhaltende Verringerung der Exporterlöse durch rückläufige Preise für Rohöl und andere Rohstoffe sowie deutlich sinkende Ausfuhren nach Südostasien und Japan. All dies führte im Verlauf des Jahres zu einer Rezession in Südamerika.

In den Industrieländern machten sich die bremsenden Einflüsse der Krisen zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Intensität bemerkbar. Von dem Nachfrageeinbruch in asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern wurde die japanische Wirtschaft besonders stark betroffen; dies hat dazu beigetragen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter sank, obwohl sich die Wirtschaftspolitik um eine Anregung der Konjunktur bemühte. In den USA scheinen die dämpfenden Wirkungen, die bereits früh spürbar geworden waren, merklich nachgelassen zu haben; da die Inlandsnachfrage weiter sehr kräftig zunahm, blieb die wirtschaftliche Expansion indes während des ganzen Jahres stark. Die Konjunktur in Westeuropa wird seit dem vergangenen Sommer deutlich gebremst. Nachdem zuvor die Verbesserung der Terms of Trade die Binnennachfrage angeregt und

kompensierend gewirkt hatte, schlug nun die krisenbedingte Konjunkturabschwächung in weiten Teilen der Weltwirtschaft zunehmend durch. Hinzu kam die wechselkursbedingt verbesserte Wettbewerbsfähigkeit südostasiatischer Anbieter sowohl in Europa als auch auf Drittmärkten. Des weiteren gingen die Exporte nach Rußland infolge der Wirtschaftskrise stark zurück. Als Folge all dieser Entwicklungen verschlechterten sich die Absatz- und Ertragserwartungen deutlich, und der Ausfuhranstieg flachte sich ab, zuletzt sank die Ausfuhr sogar. Hierdurch wurde die Investitionsneigung beeinträchtigt; gleichzeitig blieb indes die Zunahme des privaten Verbrauchs kräftig.

In den Industrieländern insgesamt hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter leicht gebessert. Während die Arbeitslosenquote in den USA einen sehr niedrigen Stand erreichte, ist sie in Westeuropa trotz einer Abnahme immer noch hoch. In Japan stieg sie auf den seit Jahrzehnten höchsten Stand. Der Preisauftrieb blieb in fast allen Industrieländern gering. Hierzu trugen sinkende Importpreise wesentlich bei. Aber auch die Lohnstückkosten nahmen schwächer zu; im Euro-Raum sind sie sogar leicht zurückgegangen.

Geldpolitik regt Konjunktur in den Industrieländern an

Die Geldpolitik ist in den Industrieländern seit dem Herbst des vergangenen Jahres sukzessive gelockert worden. Vor dem Hintergrund der Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfeldes und des geringen Preisanstiegs waren zunächst in den USA die Notenbankzinsen in mehreren Schritten gesenkt worden, insbesondere um einer befürchteten Verknappung von Krediten zu begegnen. In den Ländern des Euro-Währungsgebiets wurde der Zinsrückgang, der von der Konvergenz der Geldmarktzinsen im Vorfeld der Währungsunion herrührte, im Dezember durch eine Reduzierung des Leitzinsniveaus leicht verstärkt. Angesichts der fortgesetzten konjunkturellen Abschwächung und des sehr niedrigen Preisanstiegs ist die Europäische Zentralbank (EZB) zuletzt bemüht gewesen, der wirtschaftlichen Entwicklung kräftigere Impulse zu geben; sie nahm hierzu Anfang April ihre Zinsen um einen halben Prozentpunkt zurück. Auch in den anderen Ländern Westeuropas wurden die monetären Zügel gelockert. In Japan schließlich versuchte die Zentralbank, der Rezes-

sion durch eine nochmalige Senkung der Geldmarktzinsen auf Sätze nahe Null zu beugen.

In den USA ist der geldpolitische Kurs seit dem Herbst des vergangenen Jahres spürbar expansiv. Bei der bereits sehr hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung und dem nach wie vor kräftigen Produktionsanstieg sowie angesichts erneut anziehender Aktienkurse wird die Zentralbank wohl bald die Zinsen leicht anheben, um einem Aufkeimen von Inflationserwartungen entgegenzuwirken.

In Japan ist es trotz der niedrigen Notenbankzinsen bislang nicht zu einer starken monetären Expansion gekommen. Für den Prognosezeitraum wird damit gerechnet, daß die Geldmarktzinsen allenfalls geringfügig steigen. Dabei wird es mit der fortschreitenden Sanierung des Finanzsektors wahrscheinlicher, daß es zu einer beschleunigten Kreditausweitung kommt.

Für die westeuropäischen Länder außerhalb des Euro-Gebiets sind angesichts der konjunkturellen Schwäche und deutlich rückläufiger Teuerungsraten weitere Zinssenkungen zu erwarten. Die EZB indes wird ihre Geldpolitik in Anbetracht der nunmehr deutlich expansiven Ausrichtung nicht nochmals lockern. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sie vor dem Hintergrund einer wieder kräftigeren Konjunktur eine leichte Straffung des monetären Kurses vornehmen, um einer Beschleunigung des Preisauftriebs vorzubeugen.

Insgesamt wirkt die Geldpolitik in den Industrieländern im Prognosezeitraum weiterhin spürbar anregend.

Finanzpolitik etwa konjunkturneutral

In den Industrieländern insgesamt gingen von der Finanzpolitik im vergangenen Jahr nur geringe Effekte auf die Konjunktur aus. In den USA waren die Wirkungen eher dämpfend, in Japan waren sie expansiv. Die Finanzpolitik in Westeuropa war kaum noch restriktiv. Hier hat die Konsolidierung der Staatsfinanzen nach den spürbaren Fortschritten bei der Reduzierung der Defizitquoten insbesondere im Zuge der Qualifizierung zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (EWU) nur noch geringe Fortschritte gemacht. Die Defizitquoten sind 1998 zwar zumeist weiter gesunken. Dies war jedoch nicht auf weitere Sparmaßnahmen zurückzuführen, sondern im wesentlichen auf den Konjunkturaufschwung und die geringere Zinsbelastung.

Im Prognosezeitraum wirkt die Finanzpolitik in der EU allenfalls leicht expansiv. In diesem Jahr

wird die Defizitquote trotz der nochmals gesunkenen Zinssätze nicht mehr abnehmen; damit werden die in den Stabilitäts- und Wachstumsprogrammen angegebenen Ziele vielfach nicht erreicht. Denn die Konjunktur wird ungünstiger verlaufen als in den Budgetansätzen unterstellt, eine Kürzung der Ausgaben oder Anhebung von Abgaben zur Einhaltung der Defizitplanung wird aber nicht erfolgen. Vielmehr werden die Regierungen die automatischen Stabilisatoren wirken lassen, um die konjunkturelle Entwicklung nicht zu schwächen. Im kommenden Jahr wird sich die Defizitquote nur leicht verringern; zwar werden die bessere Konjunktur und die niedrigen Zinsen auf eine Reduzierung hinwirken, aber in einigen Ländern werden Maßnahmen zur Verringerung der Steuerlast die Einnahmenquote weiter drücken und das Defizit eher steigen lassen.

In Japan bleibt die Finanzpolitik vorerst expansiv ausgerichtet, und die Defizitquote wird weiter spürbar steigen; doch schwächen sich die Impulse im kommenden Jahr ab. In den USA läßt der dämpfende Effekt der Finanzpolitik allmählich nach, und im kommenden Jahr werden sich durch die konjunkturelle Verlangsamung die Überschüsse reduzieren.

Ausblick: Positive Tendenzen überwiegen

Mit dem Abklingen der dämpfenden Nachfrageeffekte aus den Krisenregionen setzen sich im Lauf dieses Jahres die Auftriebskräfte in der Weltwirtschaft wieder durch. In den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern wird die wirtschaftliche Entwicklung an Breite und Dynamik gewinnen, nachdem die Liquiditätsschwierigkeiten weitgehend überwunden sind. Allerdings wird die Erholung noch verhalten bleiben, auch weil derzeit die Umstrukturierung im Unternehmenssektor noch bremst; diese ist jedoch unverzichtbar, um wieder auf einen höheren Wachstumspfad zurückzukehren. Zur Aufwärtsentwicklung in diesem und im nächsten Jahr dürfte auch beitragen, daß die konjunkturellen Perspektiven für Japan im Gefolge der expansiven Wirtschaftspolitik wieder etwas günstiger sind.

Für die russische Wirtschaft sind die Aussichten nach wie vor schlecht. Die hohen Schuldendienstleistungen und die nur sehr schwerfällige Umsetzung struktureller Reformen lassen eine Erholung nicht erwarten. Ähnliches gilt für die Ukraine und Weißrußland. Dagegen werden die Perspektiven für die mitteleuropäischen Reform-

Tabelle 1.1:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Industrieländern

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						in vH		
		1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Deutschland	9,9	2,8	1,7	2,6	1,0	0,7	1,5	11,2	10,6	9,9
Frankreich	6,6	3,2	2,2	2,8	0,7	0,5	1,2	11,8	11,2	10,7
Italien	5,4	1,4	1,7	2,7	1,7	1,5	2,0	12,3	12,2	11,7
Spanien	2,5	3,8	3,0	3,5	1,8	2,0	2,3	18,8	17,5	16,0
Niederlande	1,7	3,7	2,0	2,5	2,0	1,7	2,0	4,2	3,8	3,8
Belgien	1,1	2,9	2,0	2,5	0,9	1,0	1,5	12,6	12,2	12,0
Österreich	1,0	3,3	2,3	2,7	0,9	0,8	1,3	4,4	4,5	4,0
Finnland	0,6	4,9	3,0	3,5	1,4	1,0	1,5	11,4	10,5	10,0
Portugal	0,5	4,0	3,0	3,2	2,7	3,0	3,2	4,9	4,3	4,0
Irland	0,4	8,5	6,0	6,0	2,5	2,0	2,5	9,0	8,5	8,0
Luxemburg	0,1	4,7	3,0	3,5	0,9	1,0	1,5	2,8	2,8	2,5
Euro-Raum ^a	29,8	2,9	2,1	2,8	1,2	1,0	1,7	11,5	11,0	10,4
Großbritannien	6,1	2,3	0,7	1,8	3,4	2,0	2,0	4,7	5,0	5,0
Schweden	1,1	2,9	2,2	2,7	-0,1	0,5	1,0	6,5	6,0	6,0
Dänemark	0,8	3,0	1,5	2,0	1,9	1,7	2,0	6,5	6,5	6,5
Griechenland	0,6	3,0	3,0	3,0	4,8	3,5	3,0	9,6	9,5	9,0
Europäische Union ^a	38,3	2,8	1,9	2,6	1,6	1,2	1,7	10,0	9,7	9,2
Schweiz	1,2	2,0	1,5	2,0	0,0	0,5	1,0	3,9	3,5	3,3
Norwegen	0,7	2,5	0,5	1,5	2,2	2,5	2,5	3,2	3,5	4,0
Westeuropa ^a	40,2	2,8	1,8	2,6	1,6	1,2	1,7	9,8	9,4	9,0
USA	37,0	3,9	3,5	2,5	1,6	2,0	2,5	4,5	4,5	4,7
Japan	19,8	-2,8	-0,5	0,5	0,6	-0,3	0,0	4,1	5,0	5,5
Kanada	2,9	3,0	2,7	2,5	0,9	1,0	1,5	8,3	8,0	8,3
Insgesamt ^a	100,0	2,1	2,0	2,1	1,4	1,2	1,7	6,8	6,8	6,8
<i>Nachrichtlich:</i> Insgesamt ^b		2,8	2,1	2,5	1,5	1,3	1,7			

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1997, Arbeitslosenquote gewichtet mit den Erwerbspersonen von 1997. – ^b Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1997.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

staaten bei der zu erwartenden Belebung der weltwirtschaftlichen Entwicklung wieder günstiger.

In Südamerika dürfte die Rezession im späteren Verlauf dieses Jahres überwunden werden. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sind erheblich geringer als im Fall der asiatischen Krise, da zum einen die Handelsverflechtungen mit der übrigen Welt nicht so ausgeprägt sind und zum ande-

ren die Abwertung des brasilianischen Real nicht zu vergleichbaren Verwerfungen auf den internationalen Kapitalmärkten geführt hat.

In den USA ist eine Fortsetzung des Aufschwungs in dem zuletzt zu beobachtenden hohen Tempo nicht zu erwarten. Er wurde wesentlich durch die Dynamik des privaten Verbrauchs vorangetrieben, die auch auf den Vermögenseffekten sehr

stark gestiegener Aktienkurse beruhte; weitere Vermögenszuwächse im Ausmaß der vergangenen Jahre sind angesichts derzeit stagnierender Unternehmensgewinne wenig wahrscheinlich. Aber auch ein Einbruch am Aktienmarkt, der die Konsumnachfrage über negative Vermögenseffekte möglicherweise stark dämpfen würde, wird nicht erwartet.

Im Euro-Raum belebt sich die Konjunktur nunmehr. Getragen wird diese Tendenz nicht nur vom wieder besseren weltwirtschaftlichen Umfeld, sondern insbesondere von der Binnennachfrage, zumal sie von den günstigen monetären Bedingungen deutliche Impulse erhält. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird im laufenden Jahr trotzdem unter der des Vorjahres liegen. Im kommenden Jahr wird sie wieder steigen. Bei alledem wird die Beschäftigungsausweitung fortgesetzt, wenn auch zunächst verlangsamt, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die Konsumentenpreise werden infolge höherer Importpreise im kommenden Jahr mit 1,7 vH etwas stärker steigen als 1999.

Bei dem sich ändernden Konjunkturgefälle zwischen den Industrieländern bleibt die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in diesem und im kommenden Jahr mit rund 2 vH weitgehend konstant (vgl. Tabelle 1.1). Der Welthandel nimmt in diesem Jahr nach der deutlichen Verlangsamung im Verlauf des vergangenen Jahres vor allem wegen der Stabilisierung in Asien wieder rascher zu. Im Jahresdurchschnitt 1999 wird er mit einer Rate von knapp 3 vH expandieren, nach knapp 4 vH im vergangenen Jahr.¹ Im Jahr 2000 dürfte er mit einer Rate von 5 bis 6 vH zunehmen. Für den Ölpreis wird angenommen, daß er im Durchschnitt dieses Jahres 14 und im kommenden Jahr 15 Dollar je Barrel betragen wird. Die Preise für Industrierohstoffe werden im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft ebenfalls wieder etwas anziehen.

Rezession in Lateinamerika

Im Verlauf des Jahres 1998 hat sich die wirtschaftliche Lage in Lateinamerika drastisch verschlechtert. Während es im ersten Halbjahr lediglich zu einer Verlangsamung des Expansionstempos gekommen war, ging die Produktion in den

großen Volkswirtschaften Lateinamerikas mit Ausnahme Mexikos im Herbst zurück. Dabei wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch die stark gesunkenen Rohstoffpreise belastet. Hinzu kam, daß es im Zuge der Turbulenzen an den internationalen Kapitalmärkten zu einer Neubewertung der Risiken kam und zur Stützung der Wechselkurse eine restriktive Geldpolitik verfolgt wurde. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt 1998 nur noch um 2 vH (vgl. Tabelle 1.2).

Im Zentrum der Rezession steht Brasilien. Der Beginn des Jahres 1999 war geprägt durch die Aufgabe der Wechselkursbindung des Real an den Dollar, die eine Abwertung um etwa 50 vH auslöste. Zwar war im Rahmen eines „crawling peg“ bereits zuvor eine kontinuierliche Abwertung erfolgt, sie reichte jedoch nicht aus, um die Mitte der neunziger Jahre aufgebaute erhebliche Überbewertung des Real auszugleichen. Vor dem Hintergrund von Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit und angesichts steigender Leistungsbilanzdefizite führte das hohe staatliche Budgetdefizit zu einem Vertrauensverlust. Starke Kapitalabflüsse machten schließlich ein Abrücken von der Wechselkursbindung unvermeidlich. Auch nach der Freigabe des Wechselkurses wurden die Zinsen bislang auf einem real extrem hohen Niveau belassen, um einer weiteren Abwertung und einer drastischen Inflationsbeschleunigung vorzubeugen. Angesichts der ungünstigen geld- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen ist für das Jahr 1999 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund 5 vH zu rechnen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung wird sein, ob Brasilien die Konsolidierung der Staatsfinanzen gelingt. Die Abwertung des Real und die hohen kurzfristigen Zinsen haben zu einem starken Anstieg der Schuldenlast geführt. Hier wird angenommen, daß das mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarte anspruchsvolle fiskalische Maßnahmenpaket weitgehend umgesetzt wird und daß den jüngsten Zinssenkungen weitere folgen werden. Da – anders als in Asien – ein Solvenzproblem vor allem beim Staat besteht und die Anpassungserfordernisse im privaten Sektor daher weniger ausgeprägt sind, ist zu erwarten, daß die brasilianische Wirtschaft sich vergleichsweise zügig erholt, sobald sich die Finanzierungsbedingungen wieder verbessert haben. Zudem ist durch die Abwertung des Real die internationale Wettbewerbsfähigkeit günstiger geworden; daher könnte die brasilianische Wirtschaft im kommenden Jahr bereits wieder moderat expandieren.

¹ Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) erwartet eine günstigere Entwicklung beim Welthandel und der Struktur der Expansion in Europa. Vgl. hierzu im einzelnen die Ausführungen am Schluß von Abschnitt 2.

Tabelle 1.2:

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in lateinamerikanischen Ländern 1998 bis 2000

	Gewicht in vH ^a	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH					
		1998	1999	2000	1998	1999	2000
Brasilien	47,6	0,2	-5,0	2,0	3,2	15,0	8,0
Mexiko	20,2	4,8	2,0	4,0	15,9	16,0	13,0
Argentinien	18,3	4,2	-2,0	3,0	0,9	-0,5	1,0
Kolumbien	5,3	0,2	-1,0	2,0	18,5	18,0	15,0
Venezuela	4,4	-0,7	-3,0	1,0	35,8	30,0	26,0
Chile	4,3	3,4	1,0	4,0	5,1	4,5	4,0
Insgesamt	100,0	2,0	-2,5	2,6	7,7	12,7	8,7
<i>Nachrichtlich:</i> Insgesamt ^b		2,1	-2,1	2,7			

^a Gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1997. – ^b Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1997.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Anders als bei den Währungskrisen in Asien und Rußland dürften die Auswirkungen der Brasilienkrise regional begrenzt bleiben. Nur Argentinien und die kleineren MERCOSUR-Länder Paraguay und Uruguay verzeichnen spürbare direkte Handelseffekte im Gefolge der Abwertung des Real; für die übrigen Länder sind die Handelsbeziehungen zu Brasilien vergleichsweise unbedeutend. Allerdings werden auf Drittmärkten aufgrund der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit Brasiliens auch andere Länder Lateinamerikas Marktanteile auf den internationalen Märkten einbüßen.

Ansteckungseffekte über die Finanzmärkte waren nach der drastischen Abwertung des Real kaum zu beobachten. Im Gegensatz zu Brasilien sind die Zinsen in den übrigen Ländern der Region allenfalls vorübergehend nennenswert gestiegen. Auch die Tatsache, daß Argentinien und Mexiko bereits kurz nach der Freigabe des Real-Wechselkurses wieder Anleihen an den internationalen Kapitalmärkten platzieren konnten, deutet darauf hin, daß an den Kapitalmärkten derzeit – anders als während der Krisen in Asien und Rußland – deutlich zwischen Emittenten aus unterschiedlichen Schwellenländern differenziert wird.

Obwohl damit für Lateinamerika eine günstigere Entwicklung wahrscheinlich ist, als sie in Asien zu beobachten war, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1999 dennoch um rund 2,5 vH zurückgehen. So wird die argentinische Wirtschaft ebenfalls deutlich – um 2 vH – schrumpfen. Zu der relativ engen

Handelsverflechtung mit Brasilien kommt hinzu, daß das Currency Board eine Abwertung der Währung unmöglich macht und die reale Aufwertung gegenüber dem Real daher besonders stark ausfällt. In Chile und Kolumbien, wo die gesamtwirtschaftliche Produktion in beträchtlichem Maße von der Rohstoffpreisentwicklung abhängt, dürfte sich die Lage tendenziell bessern, da die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten nach der letztjährigen Baisse nun wieder anziehen. Der nur moderate Anstieg der Rohstoffnotierungen läßt aber nicht allzu starke Anregungen erwarten. Die mexikanische Wirtschaft dürfte indes 1999 weiter expandieren, zumal sie von der nach wie vor robusten Konjunktur in den USA profitiert, ihrem mit Abstand wichtigsten Handelspartner; stützend wirkt ferner der Anstieg des Ölpreises. Bei einem Erfolg der Konsolidierungsbemühungen in Brasilien und gleichzeitig steigenden Rohstoffnotierungen ist für das Jahr 2000 wieder eine Zunahme der Wirtschaftsleistung in Lateinamerika zu erwarten.

Allmähliche Erholung in den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens

Im Gefolge der Währungs- und Finanzkrisen des Jahres 1997 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in einer Reihe von Ländern Asiens im vergangenen Jahr aufgrund von Liquiditätsproblemen, einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik und hoher Unsicherheit bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung eingebrochen. In Indonesien,

Tabelle 1.3:
Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in asiatischen Ländern

	Gewicht in vH ^a	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
		1998	1999	2000	1998	1999	2000
Südkorea	20,3	-5,8	2,0	3,5	7,5	1,5	3,0
Taiwan	11,4	4,8	3,5	4,5	1,7	1,5	2,0
Indonesien	9,6	-13,7	-5,0	1,5	57,6	20,0	15,0
Thailand	7,7	-8,0	1,0	3,0	8,1	3,5	5,0
Hongkong	6,4	-5,1	-2,0	2,0	2,7	-1,0	1,0
Malaysia	4,1	-6,3	0,0	3,0	5,2	4,5	5,5
Singapur	3,9	1,3	1,0	3,0	-0,3	0,5	1,5
Philippinen	3,5	-0,5	1,5	4,0	9,0	8,0	7,0
Zusammen	66,9	-2,2	1,7	3,5	4,5	1,0	2,4
China	33,1	7,8	7,0	7,0	-0,8	1,0	2,5
Insgesamt	100,0	-0,5	2,7	4,4	8,4	3,3	3,6
<i>Nachrichtlich:</i> Insgesamt ^b		-1,7	1,6	3,8			

^a Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt 1997. – ^b Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder im Jahr 1997.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Thailand, Malaysia, Südkorea und Hongkong schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt jeweils um mehr als 5 vH (vgl. Tabelle 1.3). In den Philippinen und in Singapur konnte das Niveau der Produktion in etwa gehalten werden. Lediglich in der Volksrepublik China und in Taiwan wurden weiterhin kräftige Zuwachsraten erreicht, wenngleich die wirtschaftliche Dynamik auch hier spürbar nachgelassen hat.

Mittlerweile scheint der Tiefpunkt der Krise durchschritten zu sein. So zeichnet sich in der Mehrzahl der Länder eine Stabilisierung der Industrieproduktion auf tiefem Niveau ab; in Südkorea und in Singapur ist die Industrieproduktion sogar deutlich gestiegen und bereits wieder ähnlich hoch wie vor der Krise. Zur Stabilisierung hat maßgeblich beigetragen, daß die Liquiditätsengpässe, die 1997 aufgetreten waren und die krisenhafte Entwicklung wesentlich verschärft hatten, im Laufe des Jahres 1998 größtenteils überwunden wurden. Die Zahlungsbilanzsituation verbesserte sich infolge erheblicher Leistungsbilanzüberschüsse, eines Zuflusses von Mitteln von internationalen Organisationen sowie steigender ausländischer Direktinvestitionen. Die Leistungsbilanzüberschüsse sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die Importe als Folge des Einbruchs der Binnennachfrage stark zurückge-

gangen waren. Bei alledem haben sich die Wechselkurse soweit gefestigt, daß sie auch der Rußland- oder jüngst der Brasilienkrise standhielten.

Vor diesem Hintergrund konnten die Zentralbanken ihre Zinsen seit Sommer vergangenen Jahres erheblich senken; zur Zeit liegen die Sätze in den meisten asiatischen Ländern sogar deutlich unter dem Niveau, das sie vor Beginn der Asienkrise hatten. Ausnahmen sind Indonesien und Hongkong. In Indonesien spielen dabei die anhaltenden politischen Unsicherheiten sowie vergleichsweise geringe Fortschritte bei der Sanierung des Finanzsektors eine Rolle. In Hongkong führen weiterhin Zweifel am Bestand der Bindung des Wechselkurses zum US-Dollar zu einem relativ hohen Zinsniveau. Die Stabilisierung der Produktion in der Region wird darüber hinaus dadurch gefördert, daß die Finanzpolitik im allgemeinen auf einen expansiven Kurs umgeschaltet hat.

Die monetären Bedingungen werden sich noch deutlich verbessern, und von der Finanzpolitik werden weiterhin Anregungen ausgehen. Bei dieser Wirtschaftspolitik ist eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten. Allerdings wird die Erholung zunächst noch durch den kritischen Zustand des Finanzsektors gebremst; der Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Auslei-

hungen ist in allen Ländern immer noch sehr hoch. Die wirtschaftliche Entwicklung wird kurzfristig zudem durch die gerade begonnene Umstrukturierung des Unternehmenssektors belastet. Die Institute erwarten, daß die Rekapitalisierung der Banken in diesem Jahr Fortschritte macht, so daß die expansivere Geldpolitik im nächsten Jahr über eine Ausweitung der Kreditvergabe verstärkt dem Unternehmenssektor und den Konsumenten zugute kommt.

Der private Verbrauch wird sich bei zunächst noch schwacher Einkommensentwicklung vorerst nur langsam erholen. Die Investitionen werden nach dem Einbruch wieder zunehmen; dafür sprechen nicht zuletzt günstigere Finanzierungsbedingungen und steigende ausländische Direktinvestitionen. Auch werden die Exporte nach und nach wieder kräftiger ausgeweitet. Die Importe nehmen nach dem drastischen Rückgang im vergangenen Jahr im Gefolge der wirtschaftlichen Belebung in moderatem Tempo zu.

Eine Sonderrolle in der Region nimmt China ein, wo die Wirtschaft – den offiziellen Statistiken zufolge – auch im vergangenen Jahr noch kräftig expandierte. Der Anteil der notleidenden Kredite hat aber auch in China zugenommen und belastet den Finanzsektor. Angesichts einer insgesamt expansiven Wirtschaftspolitik ist gleichwohl nicht zu erwarten, daß es zu einem Wachstumseinbruch kommt, auch weil sich die Exporte bereits wieder beleben. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Abwertung der chinesischen Währung im Prognosezeitraum wenig wahrscheinlich.

Die Wirtschaft in der Region wird dieses Jahr um knapp 3 vH expandieren, nachdem sie im vergangenen Jahr leicht geschrumpft war. Im nächsten Jahr wird der Produktionsanstieg mit rund 4,5 vH höher ausfallen.

Vorübergehende Abschwächung der Expansion in Mitteleuropa – anhaltender Rückgang in der GUS

In den mitteleuropäischen Reformstaaten hat sich 1998 der Produktionsanstieg verlangsamt. Dies war zum Teil Folge der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik einzelner Länder, mehr noch schlugen aber die Krisen in Asien und Rußland sowie die konjunkturelle Abschwächung in den westeuropäischen Ländern zu Buche. In Ungarn, Slowenien, der Slowakei sowie in Polen verringerte sich der Produktionsanstieg, blieb aber noch hoch. Die

Produktion in Bulgarien, die sich Anfang des Jahres 1998 erholt hatte, ging im Lauf des Jahres wieder zurück. Eine deutliche Abnahme der Wirtschaftsleistung verzeichnete die Tschechische Republik vor allem als Folge der restriktiven Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der hohen Leistungsbilanzdefizite, die indes zu einer spürbaren realen Aufwertung der Krone führte. In Rumänien ließen fortdauernde politische Unsicherheiten und unzureichende Reformen die Produktion erneut deutlich schrumpfen.

Die Expansion wurde in den mitteleuropäischen Ländern wie in den Jahren zuvor von der inländischen Nachfrage getragen. Insbesondere der private Verbrauch stieg spürbar, bedingt durch meist deutliche Reallohnzuwächse. In Polen, Ungarn und der Slowakei nahmen zudem die Investitionen kräftig zu. Hingegen führte die Eintrübung auf den Auslandsmärkten zu einer starken Abschwächung der Exporte. Mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Sloweniens erhöhten sich in allen Ländern die Defizite in der Handels- und der Leistungsbilanz. Der Preisauftrieb hat sich im allgemeinen verlangsamt; in Rumänien bewegte sich die Inflationsrate gleichwohl noch auf sehr hohem Niveau. Trotz immer noch deutlich zunehmender Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessert; lediglich in Ungarn ist die Arbeitslosenquote gesunken.

Im Jahr 1999 wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts weiter auf 1,6 vH verringern (vgl. Tabelle 1.4), wenngleich die Länder im Jahresverlauf von der anziehenden westeuropäischen Konjunktur profitieren. Im nächsten Jahr dürften sie mit 2,8 vH eine spürbar höhere Zuwachsrate erzielen. Auch wirken sich Strukturreformen zunehmend wachstumsfördernd aus. Problematisch ist nach wie vor die Entwicklung der Leistungsbilanzdefizite in den meisten Reformländern. Die dämpfenden Effekte der Rußlandkrise im bilateralen Handel halten sich zwar aufgrund der mittlerweile nur noch geringen Handelsverflechtung zumeist in Grenzen, doch wird die deutliche Verschlechterung der Wettbewerbsposition gegenüber Konkurrenten aus Asien auf Drittmärkten, die aus den Abwertungen einer Reihe von asiatischen Währungen resultiert, die Exporte belasten. Insgesamt verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenquote steigt auf rund 11 vH. Der monetäre Stabilisierungsprozeß wird sich trotz einer etwas gelockerten Geldpolitik fortsetzen.

Tabelle 1.4:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						in vH		
		1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Polen	16,1	4,8	3,5	4,0	11,6	8,0	7,0	10,0	11,0	11,0
Tschechien	6,2	-2,7	-1,0	1,5	10,7	5,0	5,0	6,1	8,5	10,0
Ungarn	5,3	5,0	4,0	4,5	14,2	9,0	8,0	9,5	9,0	8,0
Rumänien	4,2	-7,3	-5,0	-1,0	59,1	30,0	40,0	9,3	11,0	12,0
Slowakei	2,3	4,4	2,0	0,0	6,7	8,0	7,0	13,8	16,5	17,5
Slowenien	2,2	3,9	3,0	4,0	7,9	8,0	6,0	14,5	14,0	13,0
Bulgarien	1,2	3,7	0,0	1,5	23,7	5,0	5,0	12,2	13,5	14,0
Mitteuropa ^a	37,5	2,1	1,6	2,8	17,0	10,0	10,4	9,8	11,1	11,5
Rußland	55,0	-4,6	-4,0	-2,0	27,6	90,0	40,0	11,5	13,0	14,0
Ukraine	5,9	-1,7	-2,0	0,0	12,0	25,0	20,0	c	c	c
Weißrußland	1,6	8,3	-2,0	-5,0	73,0	200,0	50,0	c	c	c
Insgesamt ^a	100,0	-1,7	-1,7	-0,1	23,4	57,9	27,9	10,9	12,3	13,0
<i>Nachrichtlich:</i> Insgesamt ^b		0,7	0,4	1,6						

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1997, Arbeitslosenquote gewichtet mit den Erwerbspersonen von 1997. – ^b Gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr von 1997. – ^c Keine vergleichbaren Angaben verfügbar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

In Rußland führten Probleme bei der Bedienung der Staatsschulden, fallende Weltmarktpreise für Öl und Erdgas und damit verbunden eine sich passivierende Leistungsbilanz im August 1998 zu dem Ausbruch der Währungs- und Finanzkrise. Mit der Freigabe des Wechselkurses setzte eine massive Abwertung des Rubel ein, welche einen sprunghaften Anstieg der Inflation zur Folge hatte. Nachdem die Produktion bereits seit dem Frühjahr leicht rückläufig war, beschleunigte sich der Rückgang in der zweiten Jahreshälfte. Investitionen und privater Verbrauch brachen ein. Auch die Ukraine und Weißrußland, die immer noch sehr eng mit der russischen Wirtschaft verbunden sind, gerieten in den Sog der Krise, da ihre Exporte nach Rußland schrumpften.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind für diese drei Länder wenig verheißungsvoll. Der Rückgang der russischen Produktion wird in diesem Jahr ähnlich stark sein wie 1998. Gleichzeitig werden die Inflation und die Arbeitslosigkeit steigen. Die russische Regierung kann ohne weitere Beistandskredite aus dem Ausland oder weitere Umschuldungen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Zudem hat sie immer noch kein wirt-

schaftspolitisches Konzept zur Überwindung der Krise. Solange es nicht gelingt, die Steuereinnahmen des Staates erheblich zu steigern und für umfassenden Wettbewerb auf Unternehmensebene zu sorgen, sind die Aussichten für eine positive Entwicklung gering. Ähnliches gilt für die Ukraine und Weißrußland, wo verschleppte Strukturreformen besonders im Unternehmensbereich die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor bremsen.

Die Wirtschaftsleistung in den mittel- und osteuropäischen Ländern insgesamt wird in diesem Jahr nochmals deutlich, im kommenden Jahr kaum noch sinken.

Leichte konjunkturelle Verlangsamung in den USA

In den USA erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 mit 3,9 vH ebenso stark wie im Vorjahr, und die Konjunktur blieb bis zuletzt sehr dynamisch. Im Laufe des Winterhalbjahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Jahresrate von rund 5 vH deutlich rascher als noch im Sommerhalbjahr gestiegen sein, als sich insbesondere infolge beträchtlich sinkender Ausfuhren

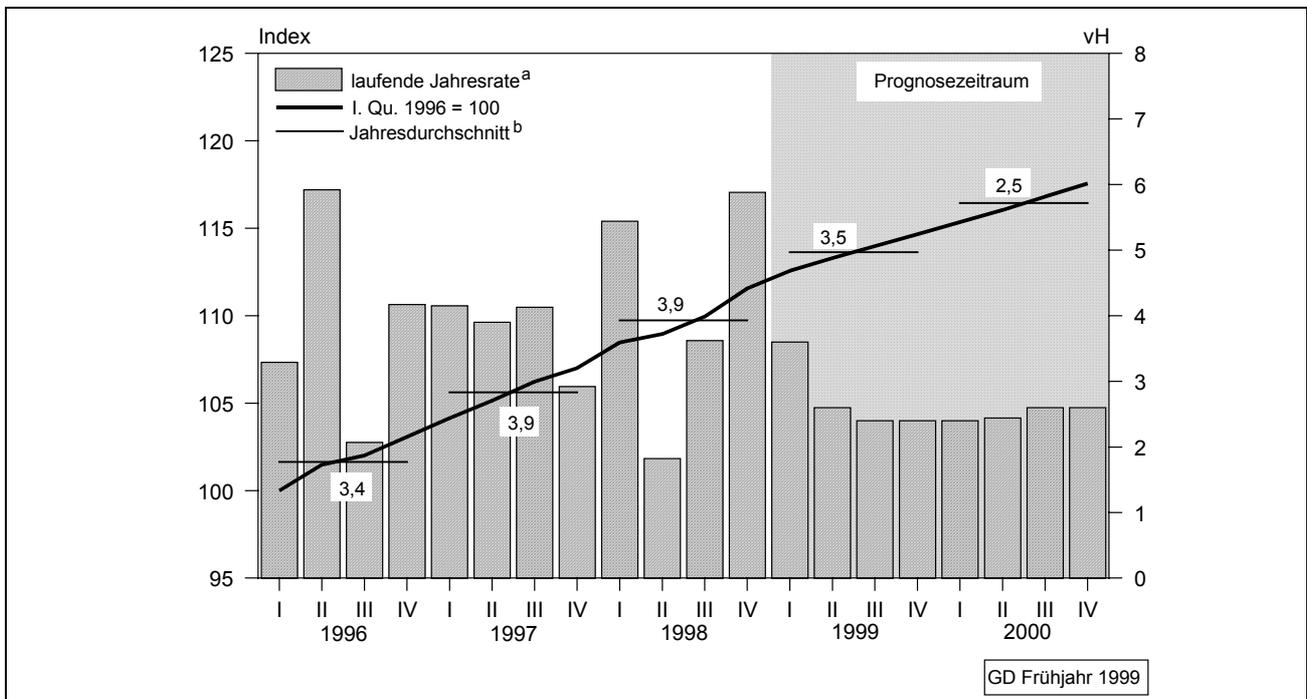
eine vorübergehende Abflachung gezeigt hatte. Besonders kräftig wurde dabei der private Konsum ausgeweitet. Die privaten Haushalte verwendeten vor dem Hintergrund der Vermögenszuwächse im Zuge der Aktienhaussse ihre verfügbaren Einkommen zunehmend für den Konsum; die Sparquote wurde zeitweise sogar negativ. Bei anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen hat sich zugleich die über den gesamten Aufschwung hinweg außerordentliche Dynamik der Unternehmensinvestitionen trotz einer Verschlechterung der Gewinnsituation kaum verringert.

Es mehren sich jedoch die Anzeichen für ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik. So ist die Industrieproduktion seit Mitte 1998 kaum noch gestiegen, und die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist stark gesunken. Auch hat sich die Beschäftigungsausweitung seit dem Spätherbst abgeschwächt; da gleichzeitig aber auch das Arbeitsangebot langsamer zunahm, blieb die Arbeitslosenquote mit 4,2 vH sehr niedrig. Vor dem Hintergrund einer erhöhten Verunsicherung der Arbeitnehmer über die Arbeitsmarktperspektiven und der gesunkenen Inflationsrate haben die Lohnsteigerungen merklich nachgelassen: So überschritten die durchschnittlichen Stundenlöhne in der Industrie

im März 1999 das Vorjahresniveau um 3,6 vH, nach noch 4,3 vH Mitte 1998. Bei stärkeren Produktivitätssteigerungen hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten spürbar abgeflacht. Die Preisentwicklung blieb moderat; die private Lebenshaltung war im März um lediglich 2 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Die Finanzpolitik ist nach wie vor auf Konsolidierung ausgerichtet. Der Überschuß im Bundeshaushalt (einschl. Sozialversicherung) wird im laufenden Fiskaljahr mit der günstigen Entwicklung der Einnahmen wohl auf reichlich 1 vH des Bruttoinlandsprodukts (1998: 0,8 vH) steigen. Die Geldpolitik wirkt derzeit expansiv. Im Herbst senkte die Zentralbank die Leitzinsen um insgesamt 75 Basispunkte auf 4,75 %, insbesondere um einer Gefährdung der Konjunktur durch Turbulenzen auf den Finanzmärkten sowie der befürchteten Verknappung bei den Unternehmenskrediten entgegenzuwirken. Auch die Entwicklung der Geldmenge weist auf eine anregende Wirkung hin. Vor diesem Hintergrund deutet der Anstieg der langfristigen Zinsen wohl auf das Aufkeimen von Inflationserwartungen. Die Zentralbank dürfte daher schon bald die Leitzinsen wieder anheben, um ihre Stabilitätsorientierung zu bekräftigen. Dies wird aber

Abbildung 1.1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. Quellen: OECD; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

wohl sehr vorsichtig erfolgen, da Turbulenzen an den Finanzmärkten vermieden werden sollen. Eine nur leichte Zinsanhebung wird auch ausreichen, da die Konjunktur bereits etwas an Fahrt verliert. Für das kommende Jahr sind keine weiteren zinspolitischen Maßnahmen angenommen worden.

Im Verlauf dieses Jahres wird sich die Expansion der Inlandsnachfrage wohl allmählich verlangsamen, insbesondere weil der private Konsum sich weniger dynamisch entwickelt: Einmal wird das verfügbare Einkommen infolge einer schwächeren Beschäftigungsausweitung und eines geringeren Lohnauftriebs langsamer zunehmen, zum anderen wird sich die Sparquote eher wieder erhöhen, da die Vermögen nicht mehr so rasch steigen werden. Dabei ist unterstellt, daß es nicht zu einem starken Fall der Aktienkurse kommt, der wohl eine drastische Anpassung der Sparquote und damit eine sehr viel ausgeprägtere Verlangsamung des privaten Verbrauchs zur Folge hätte. Die Zunahme beim Wohnungsbau dürfte sich angesichts der ungünstigeren Einkommensentwicklung und wieder steigender Hypothekenzinsen weiter abflachen. Auch die gewerblichen Investitionen werden vor allem angesichts der deutlich verschlechterten Gewinnerwartungen allmählich an Schwung verlieren. Dagegen lassen mit der Besserung der Lage in Asien und der Erholung in Westeuropa im kommenden Jahr die dämpfenden Effekte von außen weiter nach. Die Zunahme des Leistungsbilanzdefizits wird sich dabei gleichwohl, auch wegen wieder verschlechterter Terms of Trade, fortsetzen. Insgesamt dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 3½ vH und im kommenden um rund 2½ vH erhöhen (vgl. Abbildung 1.1), bei nur leichter Verstärkung des Preisanstiegs.

Nur schwache Belebung in Japan

Die Rezession in Japan hat sich im Winterhalbjahr fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank zuletzt allerdings wohl in vermindertem Tempo. Die staatliche Nachfrage nahm im Gefolge der im vergangenen Jahr beschlossenen Stimulierungsprogramme kräftig zu; doch ging die private Nachfrage weiter spürbar zurück. So schränkten die Unternehmen ihre Investitionen nochmals ein. Der private Verbrauch wurde durch eine rückläufige Beschäftigung und sinkende verfügbare Einkommen gedämpft. Die Arbeitslosenquote stieg bis zuletzt auf neue Höchststände. Zugleich gab es deflationäre Tendenzen: Die Verbraucherpreise sind

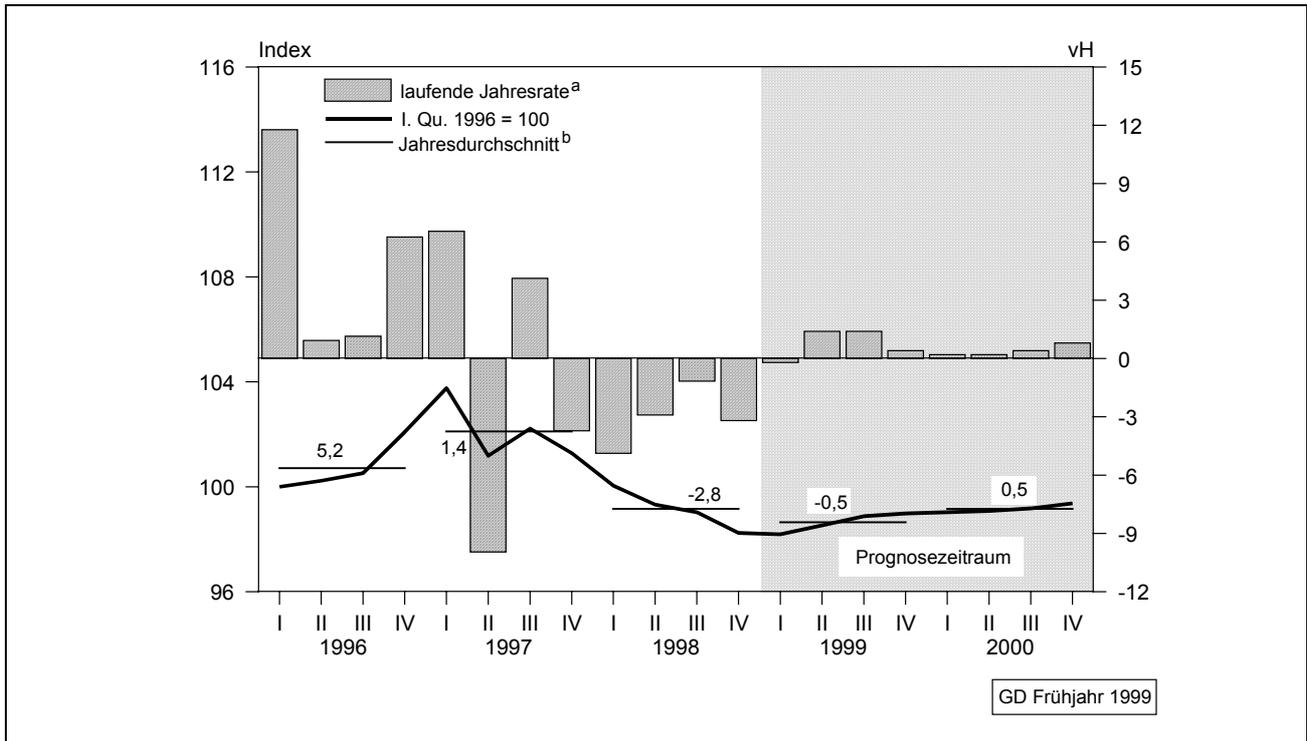
in der Grundtendenz leicht abwärts gerichtet, und bei den Großhandels- und den Erzeugerpreisen setzte sich der Rückgang fort.

Eine wirtschaftliche Erholung wurde auch durch die Probleme im Bankensektor erschwert. Die Regierung hat einen Sanierungsplan beschlossen, und die neue, unabhängige Finanzaufsichtsbehörde treibt die Umstrukturierung des Bankensektors voran. Die dafür bereitgestellten umfangreichen öffentlichen Mittel werden zunehmend in Anspruch genommen und ermöglichen eine verstärkte Abschreibung notleidender Kredite. Doch bedarf es einiger Zeit, um eine deutliche Besserung der Ertragslage der Finanzinstitute zu erreichen. Hierfür spricht, daß die Kreditvergabe der Banken auch in jüngsten Umfragen noch als nahezu unverändert restriktiv eingeschätzt wird. Für den Prognosezeitraum ist aber mit dem Fortschreiten des Restrukturierungsprozesses eine allmähliche Verbesserung der Finanzierungsbedingungen zu erwarten. Zudem tragen staatliche Institute zunehmend zur Deckung des Finanzierungsbedarfs in der gewerblichen Wirtschaft bei.

Die Geldpolitik ist weiter um eine reichliche Liquiditätsversorgung bemüht. So hält die Bank von Japan den Tagesgeldzins noch unter dem Diskontsatz von 0,5 %. Im Februar und im März führte sie ihn erneut zurück – von 0,25 % auf praktisch Null. Die Zentralbank dürfte außerdem vermehrt Staatspapiere erwerben. Alles in allem werden sich die monetären Anregungen verstärken.

Die Fiskalpolitik ist stark expansiv ausgerichtet. Im November vergangenen Jahres wurde ein weiteres Ankurbelungsprogramm beschlossen. Es enthält zusätzliche öffentliche Investitionen und Einkommensteuerentlastungen, die anders als in den Jahren zuvor dauerhaft sein sollen. Durch Kreditgarantien und -verbilligungen sollen die Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen erleichtert sowie der private Wohnungsbau gefördert werden. Der Umfang des Pakets entspricht zwar etwa 5 vH des Bruttoinlandsprodukts, der konjunkturelle Stimulierungseffekt dürfte aber allenfalls halb so groß sein. Das staatliche Defizit wird infolge dieser Fiskalpolitik und der konjunkturbedingten Steuerausfälle in diesem Jahr voraussichtlich die Größenordnung von 8½ vH des Sozialprodukts erreichen. Im nächsten Jahr werden die konjunkturellen Impulse durch die Finanzpolitik weitgehend entfallen. Um eine starke Abschwächung der Konjunktur – wie 1997 – zu vermeiden, dürfte die Regierung auf eine rasche Konsolidierung aber verzichten.

Abbildung 1.2:
 Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
 - Saisonbereinigter Verlauf -



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
 Quellen: OECD; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Trotz der expansiven Wirtschaftspolitik ist eine nachhaltige, deutliche Erholung für Japan vorerst nicht wahrscheinlich. Der Rückgang der Unternehmensinvestitionen dürfte schon angesichts der geringen Auslastung der Kapazitäten erst langsam auslaufen. Der private Verbrauch wird durch die sich verschlechternde Arbeitsmarktlage und die eher noch sinkenden verfügbaren Einkommen beeinträchtigt. Der Export erhält zwar Impulse von der fortschreitenden Belebung in Südostasien und der Erholung in Westeuropa, doch lassen die Anregungen durch die Nachfrage aus den USA nach. Insgesamt wird es zwar wieder zu einer leichten Expansion des Bruttoinlandsprodukts kommen (vgl. Abbildung 1.2); doch ebbt die direkten Nachfrageeffekte der Stimulierungsprogramme zum Jahresende wieder ab. Erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres wird sich voraussichtlich eine stabilere Aufwärtstendenz durchsetzen. 1999 wird das Bruttoinlandsprodukt trotz der Belebung im Verlauf des Jahres nochmals etwas niedriger ausfallen als im Jahr zuvor. Im nächsten Jahr wird es etwas höher sein. Die Verbraucherpreise werden vorerst noch nachgeben.

Westeuropa

Allmähliche Belebung außerhalb des Euro-Raumes

In den Ländern Westeuropas, die nicht dem Euro-Raum angehören, hat sich die konjunkturelle Entwicklung seit Mitte des vergangenen Jahres kräftig abgeschwächt. Insbesondere die Exporte wurden durch die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika erheblich gedämpft. In Großbritannien und Norwegen bremste die straffe Geldpolitik. In Dänemark hat die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs verstärkt und damit zur Abschwächung beigetragen. Angesichts der konjunkturellen Eintrübung hat inzwischen die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern den eher restriktiven Kurs verlassen. Die Geldpolitik wird weiter gelockert werden. Die Finanzpolitik dürfte in diesen Ländern im laufenden Jahr insgesamt etwa konjunkturneutral sein.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der allmählichen Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um reichlich

1 vH und im nächsten Jahr um rund 2 vH zunehmen. Die Verbraucherpreise erhöhen sich in beiden Jahren um knapp 2 vH. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage vorübergehend etwas verschlechtern.

Überwindung der Konjunkturschwäche im Euro-Raum

In den Ländern der Europäischen Währungsunion hat die gesamtwirtschaftliche Expansion im Laufe des vergangenen Jahres deutlich an Schwung verloren. Dabei waren nach wie vor die konjunkturellen Unterschiede von Land zu Land ausgeprägt. Während die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Finnland, in den Niederlanden, in Portugal, in Spanien und vor allem in Irland überdurchschnittlich blieb, nahm die Produktion in Deutschland und in Italien zuletzt kaum noch zu.

Die Ausfuhren in die Krisenregionen sind spürbar gesunken. Als Folge der Krisen kam es darüber hinaus – mit einiger Verzögerung – auch zu Beeinträchtigungen im Handel mit anderen Ländern. Schließlich wurde durch das Übergreifen der dämpfenden Effekte im Außenhandel auf die Binnenkonjunktur im Euro-Raum auch der innereuropäische Handel in Mitleidenschaft gezogen.

Die Inlandsnachfrage war im Verlauf des vergangenen Jahres in der Grundtendenz schwächer aufwärtsgerichtet, stieg aber immer noch deutlich. Stützend wirkten die weiter gesunkenen Zinsen; zudem war die Finanzpolitik kaum noch restriktiv. Der private Verbrauch nahm leicht beschleunigt zu, angeregt durch die höheren realen verfügbaren Einkommen; so stiegen die Löhne deutlich, die Beschäftigung hat sich merklich erhöht, und die Preise blieben seit dem vergangenen Frühjahr stabil. Kräftig wurden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet; im späteren Verlauf verlangsamte sich jedoch die Expansion. Hier dämpften die seit der Jahresmitte weniger günstigen Absatz- und Ertragsersparungen sowie die sinkende Auslastung der Kapazitäten. Die Baukonjunktur hat sich wieder etwas belebt.

Bei deutlich zunehmender Beschäftigung sank die Arbeitslosenquote. Besonders ausgeprägt war die Besserung auf dem Arbeitsmarkt in Spanien, in Irland und in Finnland. In Italien hingegen hat sich die Lage noch etwas verschlechtert.

Der Preisauftrieb blieb moderat. Die Verbraucherpreise lagen zuletzt nur um etwa einen Prozentpunkt über ihrem Niveau im Vorjahr. Die Erzeugerpreise sind sogar leicht zurückgegangen.

Dämpfend wirkten die deutlich gesunkenen Importpreise, aber auch der intern bedingte Preisanstieg war gering. Bei deutlich verbesserter Arbeitsproduktivität haben sich die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr nach Angaben der EZB etwas verringert.

Geldpolitik regt die Konjunktur an²

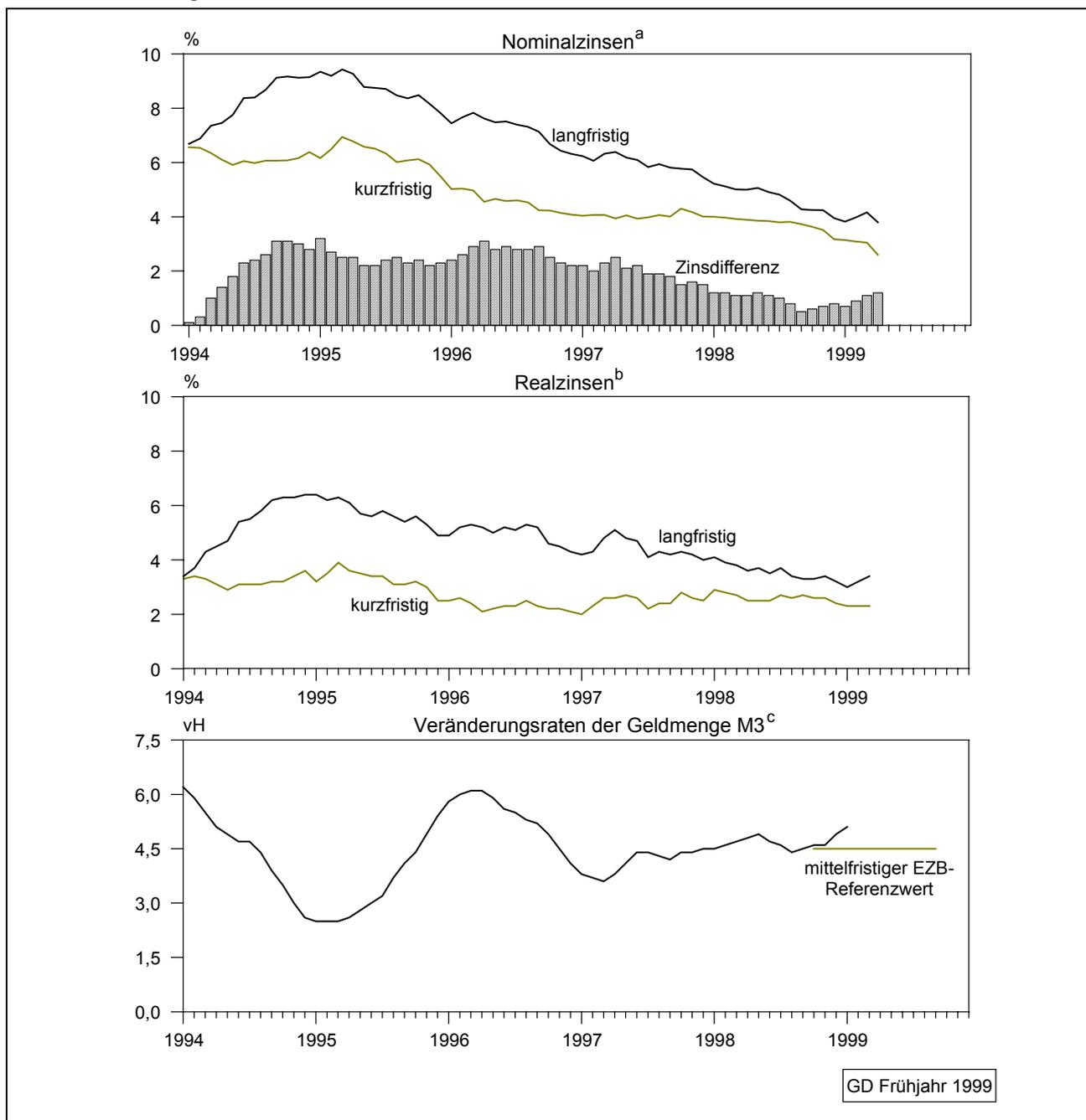
Drei Monate nach der Übernahme der Verantwortung für die Geldpolitik im Euro-Raum hat die Europäische Zentralbank Anfang April den Hauptrefinanzierungssatz auf 2,5 % zurückgenommen. Bereits im Dezember hatten die elf nationalen Zentralbanken des jetzigen Euro-Raums die Leitzinsen auf 3 % gesenkt. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld beträgt derzeit im Euro-Raum 2,6 %; er ist damit um einen Prozentpunkt niedriger als im Oktober 1998 und um 1,3 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr. Auch die langfristigen Zinsen haben nachgegeben; sie liegen gegenwärtig um knapp einen halben Prozentpunkt unter ihrem Niveau vom Herbst. Der wesentliche Grund für den Zinsrückgang war die Abschwächung der Inflationserwartungen und der Konjunktur.

Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen sind im Euro-Raum gegenwärtig sehr niedrig (vgl. Abbildung 1.3). Auch real liegen die Zinsen deutlich unter dem Durchschnittswert der vergangenen 20 Jahre. Insgesamt gehen von dem Zinsniveau anregende Wirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit aus. In die gleiche Richtung wirkt der Rückgang des realen Außenwerts des Euro seit Jahresbeginn. Der Zuwachs der Geldmenge M3 lag zu Jahresbeginn geringfügig über dem von der EZB vorgegebenen Referenzwert. Aufgrund von Unsicherheiten durch den Beginn der Europäischen Währungsunion ist die Aussagekraft der Geldmengenentwicklung aber derzeit wohl eingeschränkt.

Das Preisklima ist gegenwärtig ruhig. Der Harmonisierte Index der Verbraucherpreise stieg in den vergangenen Monaten um weniger als 1 vH gegenüber dem Vorjahr. Allerdings unterzeichnet diese Rate den zugrundeliegenden Preisauftrieb infolge des starken Rückgangs der Rohstoffpreise. In diesem und im nächsten Jahr werden die Rohstoffpreise wieder leicht anziehen, die Teuerungsrate wird jedoch unter der aus Sicht der EZB mit Preisstabilität zu vereinbarenden Obergrenze von 2 vH bleiben.

² Eine Einschätzung der aktuellen Geldpolitik findet sich im wirtschaftspolitischen Teil dieses Gutachtens.

Abbildung 1.3:
Zur monetären Lage im Euro-Raum



^a Kurzfristiger Zins = 3-Monats-Euribor, vor 1999 nationale mit BIP-Anteilen gewichtete Raten; langfristiger Zins = Renditen von Staatsanleihen im Zehnjahresbereich, bis 1998 nationale, mit BIP-Anteilen gewichtete Werte. April 1999: Durchschnittswert der ersten zwei Wochen. – ^b Realzins = Nominalzins abzüglich des Anstiegs des Verbraucherpreisindex der Periode zum Vorjahr. – ^c M3 = Bargeld, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren - Gleitende Dreimonatsdurchschnitte der Veränderungen zum Vorjahr.

Quellen: EZB; Berechnungen der Institute.

Alles in allem wirkt die Geldpolitik zur Zeit expansiv. Für die Mitte des nächsten Jahres erwarten die Institute eine Anhebung der Leitzinsen, mit der einer Verletzung des Stabilitätsziels vorgebeugt werden soll. Die Kapitalmarktzinsen werden im Prognosezeitraum auch wegen der konjunkturellen Erholung leicht steigen.

Finanzpolitik annähernd konjunkturalneutral

Das Defizit in den öffentlichen Haushalten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hat sich im Euro-Raum von 2,5 vH im Jahr 1997 auf 2,1 vH im Jahr 1998 verringert. Dabei blieben die Unterschiede zwischen den Ländern deutlich. Während

Frankreich und Italien mit Defizitquoten von 2,9 vH bzw. 2,7 vH nur wenig unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages lagen, wurden in Finnland, in Irland und in Luxemburg sogar Überschüsse erzielt. Der Rückgang des Defizits im Euro-Raum beruht vorwiegend auf konjunkturbedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben sowie einer spürbar gesunkenen Zinsbelastung. Bei der Rückführung der strukturellen Defizite wurden dagegen kaum noch Fortschritte erzielt, wobei insbesondere in den großen Ländern die Konsolidierungsbemühungen nachließen. Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum belief sich 1998 auf knapp 74 vH und lag damit um 1½ Prozentpunkte unter dem Stand des Vorjahres.

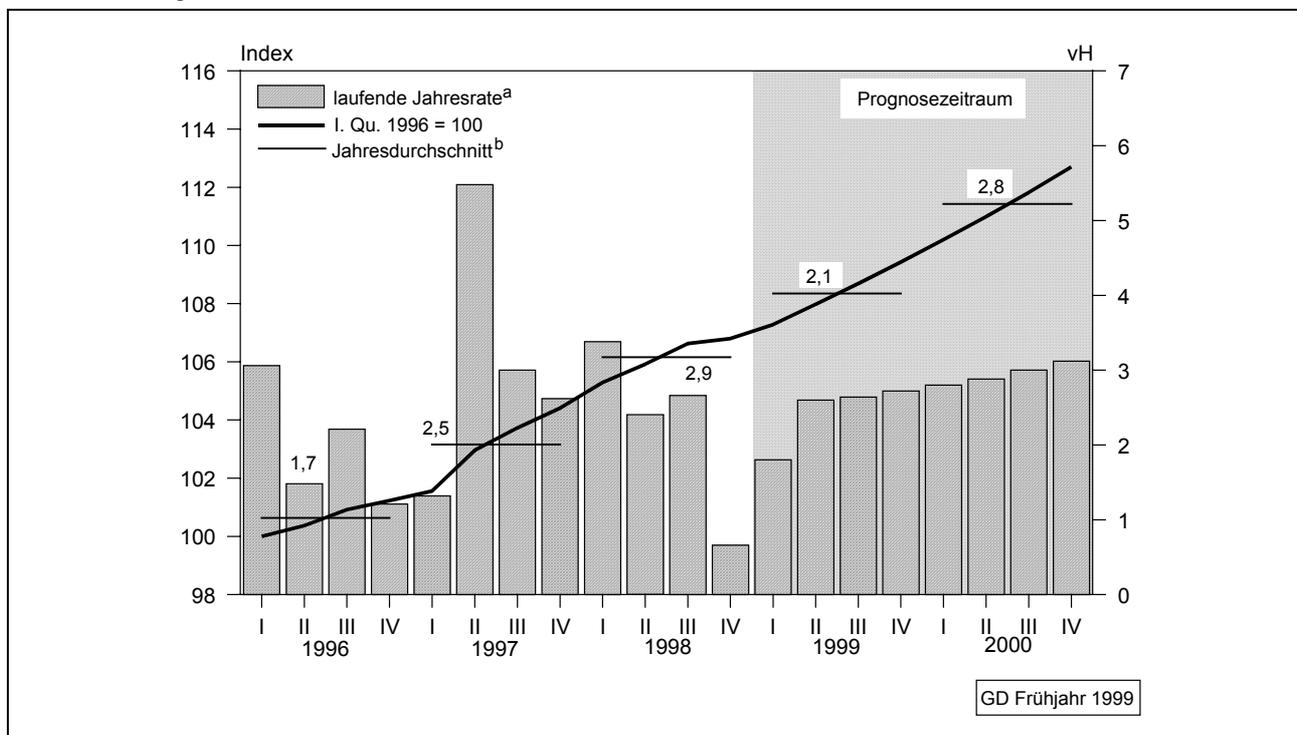
Eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist für das laufende Jahr nicht zu erwarten. Die zusammengefaßte Defizitquote des Euro-Raumes im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr nur leicht verringern. Alles in allem wird die Finanzpolitik im Prognosezeitraum etwa konjunkturneutral sein.

Ausblick

Die wirtschaftspolitischen und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum nach zunächst noch schwacher Aufwärtsentwicklung nunmehr beschleunigt expandiert (vgl. Abbildung 1.4). Der private Konsum wird in diesem und im nächsten Jahr erneut deutlich zunehmen, da die Reallöhne spürbar steigen. Der öffentliche Verbrauch wird nur mäßig ausgeweitet. Die allmähliche Erholung der Bauinvestitionen setzt sich fort. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich im weiteren Verlauf des Jahres wieder rascher erholen, da die Zinsen inzwischen ein sehr niedriges Niveau erreicht und die Absatz- und Ertragsaussichten sich verbessert haben.

Zur Verbesserung des Investitionsklimas trägt vor allem der Umschwung beim Handel innerhalb des Euro-Raums sowie bei den Exporten in Drittländer bei. Darin spiegelt sich ein allmähliches Abklingen der dämpfenden Auswirkungen der Krisen zunächst in Asien, später auch in Südamerika und in Rußland wider. Der Absatz in Nord-

Abbildung 1.4:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum
- Saisonbereinigter Verlauf -



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. Quellen: OECD; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Tabelle 1.5:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,9	2,1	2,8
Privater Verbrauch	1,6	2,8	2,9	2,8
Öffentlicher Verbrauch	0,0	1,4	1,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	2,1	4,0	3,0	4,0
Außenbeitrag ^a	3,1	2,5	2,1	2,1
Verbraucherpreise	2,1	1,2	1,0	1,7
	in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ^b	-2,5	-2,1	-2,0	-1,8
Leistungsbilanzsaldo	1,5	1,2	1,0	1,0
	in vH der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	12,2	11,5	11,0	10,4

^a In vH des realen Bruttoinlandsprodukts. – ^b Gesamtstaatlich.

Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen und Schätzungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Amerika nimmt immer noch zu, wenn auch wegen der konjunkturellen Verlangsamung dort abgeschwächt. Im späteren Verlauf des Jahres ziehen auch die Lieferungen in die nicht dem Euro-Raum angehörigen westeuropäischen Länder, wieder an. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz der EWU-Länder wird im Prognosezeitraum einen gegenüber 1998 etwas verringerten Überschuß ausweisen (vgl. Tabelle 1.5).

Im Euro-Raum insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,1 vH höher sein als im Vorjahr; der Zuwachs liegt damit etwas unterhalb des Potentialwachstums. Im kommenden

Jahr wird das Expansionstempo auf 2,8 vH zunehmen. Die Beschäftigung wird in diesem Jahr nur wenig und im nächsten Jahr etwas stärker; und die Arbeitslosenquote dürfte 1999 auf 11 vH und im kommenden Jahr auf knapp 10½ vH im Jahresdurchschnitt zurückgehen. Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt um etwa 1 vH bzw. 1,7 vH steigen. Ursächlich ist vor allem, daß infolge der deutlichen Aufwertung des Dollar und der auf Dollar-Basis leicht anziehenden Rohstoffpreise sich die Importe wieder verteuern; in einigen Ländern werden zudem indirekte Steuern heraufgesetzt.

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

In Deutschland geriet der Aufschwung, der mit Beginn des Jahres 1998 von den Exporten auf die Binnennachfrage übergegriffen hatte, in der zweiten Jahreshälfte ins Stocken. Damit konnte sich – wie schon 1995 – keine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung herausbilden. War damals das Zusammenwirken eines Anstiegs der Kapitalmarktzinsen, einer realen Aufwertung der D-Mark und zu hoher Lohnsteigerungen der Auslöser für den

konjunkturellen Rückschlag, so ist die Ursache diesmal ein externer Nachfrageschock. In seinem Gefolge hat sich die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts deutlich verlangsamt, und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ist zuletzt gesunken. Der Beschäftigungsanstieg kam zum Stillstand; die Verbraucherpreise blieben stabil.

Die Abkühlung der Konjunktur ist in erster Linie außenwirtschaftlich bedingt. Auslöser waren die Krisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika. Ein deutlicher Rückgang der Ausfuhren in die

Krisenregionen war durchaus erwartet worden. Unterschätzt wurden aber – auch noch im Gemeinschaftsgutachten der Institute im Oktober 1998 – die Auswirkungen der Krisen auf Drittländer. So wurden im Laufe der zweiten Jahreshälfte auch die anderen westeuropäischen Volkswirtschaften mehr und mehr von den Krisen in Mitleidenschaft gezogen. Das führte dazu, daß auch die deutschen Exporte in diese Länder spürbare Schwächetendenzen zeigten. Die Exportflaute ist somit das Ergebnis einer Kumulation dämpfender Effekte.

Die Eintrübung bei der Ausfuhr, die sich im Laufe des ersten Halbjahres 1998 angedeutet hatte, wurde von der kräftigen Binnennachfrage bis in den Sommer hinein mehr als ausgeglichen. Diese erhielt von den monetären Rahmenbedingungen Anregungen; insbesondere waren die Kapitalmarktzinsen auch wegen der Verlagerung von Kapital nach Europa merklich gesunken. Überdies kam es in Deutschland – wie in den meisten anderen europäischen Ländern – aufgrund rückläufiger Einfuhrpreise zu einer deutlichen Verbesserung der Terms of Trade. Seit Herbst vergangenen Jahres strahlte dann aber die Abschwächung der Ausfuhr nach und nach auf die Binnennachfrage aus. So verloren die Ausrüstungsinvestitionen zuletzt als Folge der deutlich verschlechterten Absatz- und Ertragserwartungen im Export an Schwung. Dagegen expandierte der private Verbrauch bis in den Winter hinein zügig.

Es gab deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. In Ostdeutschland wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiterhin in erheblichem Maße durch die schwache Bautätigkeit belastet. Die Bauinvestitionen sind hier 1998 vor allem wegen großer Leerstände von Wohnungen und gewerblichen Bauten weitaus stärker gesunken als in Westdeutschland; dies war der wesentliche Grund dafür, daß der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts 1998 in Ostdeutschland erneut deutlich hinter dem im Westen zurückblieb. Dagegen trafen die unmittelbaren Folgen der Krisen die ostdeutsche Wirtschaft wegen des geringen Gewichts der Exporte und des Handels mit den Krisenländern weniger stark. Allerdings ergab sich ein dämpfender Effekt aufgrund der Produktionsverflechtung mit der westdeutschen Wirtschaft. Die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres zwar verbessert. Dies war aber ausschließlich Folge der Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen; dagegen war die Zahl der Erwerbstätigen am ersten Arbeitsmarkt bis zuletzt rückläufig.

Außenwirtschaftliche Belastungen werden geringer

Die Aussichten für die deutsche Ausfuhr dürften sich allmählich aufhellen. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, beginnt sich die Lage in den südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern zu stabilisieren; in einigen dieser Länder hat offenbar bereits eine Belebung eingesetzt. In Lateinamerika scheint der Tiefpunkt zwar noch nicht erreicht; eine ähnlich schwere Rezession wie in Südostasien ist hier jedoch nicht zu erwarten. In Rußland allerdings bleibt die wirtschaftliche Entwicklung deutlich abwärtsgerichtet. Insgesamt werden aber die von den Krisenregionen ausgehenden dämpfenden Einflüsse auf die Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahres mehr und mehr nachlassen, und es dürfte sich wieder eine leichte Aufwärtstendenz herausbilden. Mit der Festigung der Konjunktur in Europa im Laufe des Sommerhalbjahres bessern sich auch die Absatzchancen in dieser Region.

Stützend wirkt die nach wie vor relativ günstige internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft. Gegenüber Konkurrenten aus den Krisenländern haben deutsche Exporteure zwar aufgrund der Abwertung der Währungen dieser Länder beträchtliche Einbußen hinnehmen müssen, doch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter seit Herbst vergangenen Jahres wegen des starken Dollar und der Festigung der südostasiatischen Währungen wieder verbessert. Die Lohnstückkosten dürften nach dreijährigem Rückgang zwar wieder steigen. Angesichts ähnlich hoher Lohnstückkostenzuwächse bei den wichtigsten Konkurrenten wird die Wettbewerbsfähigkeit aber nicht beeinträchtigt.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen bleiben günstig

Die monetären Rahmenbedingungen werden weiterhin anregend wirken. Die Geldpolitik ist nach der jüngsten Zinssenkung deutlich expansiver geworden. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte erst mit der Beschleunigung der Konjunktur im kommenden Jahr die geldpolitischen Zügel leicht straffen, um dem Aufkeimen von Inflationserwartungen vorzubeugen; dämpfende Effekte sind davon im Prognosezeitraum jedoch nicht zu erwarten. Auch die langfristigen Zinsen werden vorerst niedrig bleiben; im kommenden Jahr dürften sie leicht anziehen.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Der Welthandel wird, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, im Durchschnitt dieses Jahres um knapp 3 vH, im nächsten Jahr um 5 bis 6 vH zunehmen.
- Der Rohölpreis wird im Durchschnitt dieses Jahres 14 US-Dollar und im kommenden Jahr 15 US-Dollar je Barrel betragen. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe werden im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft wieder etwas anziehen.
- Der Euro wird sich im Prognosezeitraum gegenüber dem US-Dollar geringfügig festigen. Der reale Außenwert des Euro bleibt annähernd konstant.
- Die Geldmarktzinsen bleiben vorerst auf dem derzeitigen Niveau (Euro-Dreimonatsgeld: 2,6 %) und beginnen erst im Laufe des Jahres 2000 – mit der weiteren Belebung der Konjunktur – leicht zu steigen. Auch die Kapitalmarktzinsen werden dann etwas anziehen.
- Die Tariflohnsteigerungen in der Gesamtwirtschaft betragen im Jahresdurchschnitt 1999 3 vH, im kommenden Jahr 2,5 vH. Die Zuwächse werden in West- und Ostdeutschland etwa gleich groß sein.
- Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr kaum Anregungen aus. Im nächsten Jahr wird sie konjunkturneutral wirken; die aus der Neuregelung der Familienbesteuerung und der Reform der Unternehmensbesteuerung resultierenden Entlastungen dürften durch Ausgabeneinsparungen, insbesondere bei den Finanzhilfen, sowie eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen finanziert werden.
- Das sogenannte „Jahr-2000-Problem“ hat keine Auswirkungen auf die Konjunktur.

Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr kaum anregende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Die privaten Haushalte werden insgesamt nur wenig entlastet, während die Unternehmen geringfügig belastet werden. Für das kommende Jahr ist der Kurs der Finanzpolitik bisher kaum abzuschätzen, weil Entscheidungen über wichtige Vorhaben wie die Neugestaltung des Familienleistungsausgleichs und die Reform der Unternehmensbesteuerung noch ausstehen. Legt man den „Status quo“ zugrunde, wäre die Finanzpolitik auch im Jahr 2000 als annähernd konjunkturneutral einzustufen. Das Bild ändert sich nicht, wenn man – wie unten näher ausgeführt – unterstellt, daß im Jahr 2000 die Steuerentlastung der Familien und der Unternehmen im weitesten Sinne „aufkommensneutral“ erfolgt, d. h. durch den Abbau von Steuervergünstigungen und durch Ausgabenkürzungen.

Nach mehreren Jahren der Lohnzurückhaltung kam es in der diesjährigen Tarifrunde zu deutlich höheren Abschlüssen. Die Tariflöhne werden in diesem Jahr um etwa 3 vH steigen. Bei immer noch hoher Arbeitslosigkeit und weiterhin mäßigem Preisauftrieb dürften die Lohnzuwächse im kommenden Jahr etwas niedriger ausfallen als im Jahr 1999.

Konjunkturperspektiven hellen sich auf

Die gegenwärtige Situation weist Parallelen zu der im Jahr 1996 auf. Damals kam es nach der vorübergehenden Schwäche der Konjunktur zu einem deutlichen Umschwung, als die negativen Wirkungen der Schocks nachließen und sich die günstigen monetären Rahmenbedingungen durchsetzten. Derzeit bestehen ebenfalls gute Voraussetzungen für eine Festigung der Konjunktur. Die dämpfenden Einflüsse auf die Ausfuhr werden in den kommenden Monaten spürbar nachlassen. Zwar wird es noch einige Zeit dauern, bis die Nachwirkungen der Exportschwäche auf die Binnennachfrage bewältigt sind; dies gilt insbesondere für die Investitionstätigkeit. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte wird aber auch die Binnennachfrage wieder an Schwung gewinnen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Erholung verstärken. Damit wird sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessern. Der Preisanstieg wird sich auch wegen wieder leicht anziehender Einfuhrpreise etwas beschleunigen.

Die Erwartung einer kräftigeren Konjunktur im Laufe des Sommerhalbjahres gründet sich auf die günstigen Rahmenbedingungen. Die konjunkturel-

^a Anteile des Exports am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands. – ^b Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. – ^c USA, Kanada, Mexiko. – ^d Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – ^e Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Rußland, Ukraine, Weißrußland. – ^f Lateinamerika (ohne Mexiko), Afrika, Australien und Ozeanien, übriges Asien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

rechnen. Insgesamt wird die Ausfuhr im Durchschnitt des Jahres 1999 wegen des niedrigen Niveaus zum Jahresbeginn nur wenig höher sein als im vergangenen Jahr (um knapp 1 vH); im nächsten Jahr wird der Zuwachs 4,7 vH betragen.

Vorübergehende Schwäche bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Jahr im Zuge der konjunkturellen Expansion – und gestützt von den günstigen Finanzierungsbedingungen – kräftig ausgeweitet worden; im Jahresdurchschnitt waren sie um 10 vH höher als im Vorjahr. Seit Beginn dieses Jahres haben sie sich wohl nicht weiter erhöht; so stagnierten die Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller. Für die nächsten Monate ist sogar mit einem leichten Rückgang der Investitionstätigkeit zu rechnen; darauf deuten die Inlandsaufträge im Investitionsgütergewerbe und die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hin.

Maßgeblich für das Stocken des Investitionsaufschwungs ist, daß sich seit Sommer vergangenen Jahres die Absatz- und Ertragsaussichten beim Export im Zuge der Krisen in Asien und in anderen Regionen spürbar verschlechtert haben. Auch haben die kräftigen Lohnsteigerungen in diesem Jahr dazu beigetragen, die Gewinnerwartungen der Unternehmen zu mindern. Schließlich dürfte die Diskussion über die Steuerreform das Investitionsklima eingetrübt haben. Zwar hat die Regierung den Unternehmen Steuerentlastungen in Aussicht gestellt, doch sind die Einzelheiten der neuen Reform noch unklar, so daß Planungssicherheit fehlt.

Die Absatzerwartungen der Unternehmen werden sich angesichts der anziehenden Weltkonjunktur und der Festigung der Binnenkonjunktur wieder aufhellen. Positive Impulse werden insbesondere von den günstigen monetären Rahmenbedingungen ausgehen, die durch die jüngste Zinssen-

kung weiter verbessert worden sind. Die Belebung der Konjunktur erleichtert zudem den Unternehmen die Überwälzung der gestiegenen Lohnkosten, so daß die Ertragsserwartungen wieder günstiger werden. Bei der Prognose ist auch unterstellt, daß es im Jahr 2000 zu einem ersten Entlastungsschritt bei den Unternehmensteuern kommt. Die Investitionstätigkeit dürfte im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder zunehmen und sich im nächsten Jahr weiter festigen. Angesichts des hohen Niveaus zu Jahresbeginn werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr – trotz der vorübergehenden Abschwächung – noch um rund 4½ vH steigen; im kommenden Jahr werden sie sich um etwa 4 vH erhöhen.

Talsole bei den Bauinvestitionen durchschritten

Die Bauinvestitionen sind im Verlauf des Jahres 1998 nochmals erheblich gesunken. Allerdings zeichnet sich in den ersten Monaten dieses Jahres ein Ende der Talfahrt ab. So war die Bauproduktion zu Jahresbeginn – auch gestützt durch die milde Witterung – aufwärtsgerichtet. Für eine Stabilisierung spricht ferner die wieder etwas günstigere Auftragslage im Bauhauptgewerbe. Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen leicht zunehmen (vgl. Tabelle 2.2). Maßgeblich hierfür ist die Erholung in Westdeutschland; in Ostdeutschland wird sich lediglich das Tempo des Rückgangs vermindern.

Die Wohnungsbauinvestitionen sind in der zweiten Jahreshälfte 1998 spürbar gesunken. Wesentlich war dabei die Schwäche des Geschößwohnungsbaus. Bei Mietwohnungen wirkten Angebotsüberhänge dämpfend. Während diese in Westdeutschland jedoch nach einem mehrjährigen Rückgang der Investitionen nun wohl weitgehend abgebaut sind, bleiben sie in Ostdeutschland hoch

Tabelle 2.2:
Bauinvestitionen^a in Deutschland

	Anteile in vH im Jahr 1998	Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr		
		1998	1999	2000
Wohnbauten	55,2	-3,8	-0,4	0,7
Westdeutschland	58,5	-1,9	0,5	1,5
Ostdeutschland	46,2	-9,6	-3,5	-2,1
Sonstige Bauten ^b	44,8	-5,0	0,2	1,4
Westdeutschland	41,5	-4,0	1,2	2,5
Ostdeutschland	53,8	-7,0	-1,8	-1,2
Bauinvestitionen	100	-4,3	-0,1	1,0
Westdeutschland	100	-2,8	0,8	1,9
Ostdeutschland	100	-8,2	-2,6	-1,6

^a In Preisen von 1991. – ^b Gewerblicher und öffentlicher Bau.

und beeinträchtigen die Renditeerwartungen. Auch wird der Mietwohnungsbau hier durch die Überführung der Sonderabschreibungen in eine insgesamt weniger günstige Investitionszulage belastet. Dagegen wird der Eigenheimbau in West- wie in Ostdeutschland durch steigende Realeinkommen der privaten Haushalte, anhaltend niedrige Hypothekenzinsen und niedrige Baupreise gestützt. Im Prognosezeitraum wird die zunehmende Nachfrage nach Wohneigentum die schwache Tendenz beim Mietwohnungsbau kompensieren, zumal auch Baumaßnahmen zur Modernisierung und Sanierung von Wohnungen bei steigenden Realeinkommen wieder rascher ausgeweitet werden. Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr das Niveau des Vorjahres leicht unterschreiten, im nächsten Jahr werden sie etwas höher sein.

Die gewerblichen Bauinvestitionen sind im Verlauf des Jahres 1998 deutlich gesunken, doch zeigt die Zunahme der Baugenehmigungen, daß der Tiefpunkt der Entwicklung nun wohl erreicht ist. Gestützt wird der Wirtschaftsbau durch die im späteren Prognosezeitraum leicht steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie, in deren Folge Erweiterungsinvestitionen angeregt werden. Auf eine steigende Bedeutung des Erweiterungsmotivs bei Investitionen deuten auch Befragungen hin. Darüber hinaus wirken die niedrigen Zinsen stimulierend; überdies wird sich mit der Festigung der Konjunktur im Laufe der zweiten Hälfte dieses Jahres auch die Ertragslage der Unternehmen wieder bessern. Diese günstigen Rahmenbedingungen werden allerdings nur in Westdeutschland zu einer Zunahme der gewerblichen Bauinvestitionen führen. In Ostdeutschland drücken noch bestehende Angebotsüberhänge die Investitionstätigkeit. Stützend wirkt aber die deutliche Ausweitung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, so daß sich der Rückgang im Wirtschaftsbau verlangsamen wird. Insgesamt werden die gewerblichen Bauinvestitionen 1999 in Deutschland um rund 2½ vH sinken, im kommenden Jahr um knapp 1 vH zunehmen.

Nach dem Rückgang in den vergangenen Jahren werden die öffentlichen Bauinvestitionen in Deutschland insgesamt wieder ausgeweitet werden. Maßgeblich hierfür ist, daß die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden – der wichtigsten öffentlichen Bauträger – etwas günstiger ist.

Alles in allem wird sich bei den Bauinvestitionen in Deutschland im Verlauf des Jahres 1999 allmählich wieder eine Aufwärtstendenz herausbilden, die sich im kommenden Jahr weiter festigen wird. Angesichts des gedrückten Niveaus zu Jah-

resbeginn werden die Bauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres aber nur etwa ihr Vorjahresniveau erreichen, im Jahr 2000 werden sie erstmals seit 1994 wieder ein leichtes Plus aufweisen.

Lebhafter privater Verbrauch

Die konjunkturelle Abschwächung hat den privaten Konsum kaum beeinträchtigt; im zweiten Halbjahr 1998 wurde er sogar beschleunigt ausgeweitet. Das Konsumklima verbesserte sich zunehmend, da die Beschäftigung gestiegen war. Stützend wirkte ferner, daß die privaten Haushalte zu Beginn des Jahres 1999 entlastet wurden; der steuerliche Grundfreibetrag wurde angehoben, der Eingangsteuersatz wurde gesenkt und das Kindergeld erhöht.

Im Prognosezeitraum wird die Verbrauchskonjunktur aufgrund der günstigen Einkommensperspektiven lebhaft bleiben. Die Zahl der Beschäftigten nimmt leicht zu; ferner erhöhen sich die Tarifverdienste mit einer Rate von rund 3 vH im Jahr 1999 und von etwa 2,5 vH im Jahr 2000 kräftiger als bisher. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme expandiert mit 3 vH pro Jahr rascher als in den vergangenen drei Jahren. Noch deutlicher steigen infolge fiskalischer Maßnahmen die Nettolöhne. Neben den bereits zum Jahresanfang 1999 eingetretenen Verbesserungen sind von der Bundesregierung weitere Entlastungen für das Jahr 2000 beschlossen worden. So werden der Grundfreibetrag erhöht sowie der Eingangs- und der Spitzensteuersatz gesenkt. Außerdem wird im nächsten Jahr der Familienleistungsausgleich voraussichtlich aufgestockt. Hier wird – wie unten näher dargelegt – unterstellt, daß es im Zuge der Neuordnung der Familienbesteuerung zu Verbesserungen für private Haushalte mit Kindern in einem Gesamtvolumen von rund 5 Mrd. DM kommen wird.

Auch die übertragenen Einkommen werden schneller steigen als zuvor. Hierzu trägt bei, daß die Renten zur Jahresmitte 1999 stärker als im Vorjahr erhöht werden. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden in diesem Jahr nur wenig und im nächsten Jahr stärker zunehmen.

Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit einer Rate von 3½ vH im Jahr 1999 und reichlich 4 vH im Jahr 2000 expandieren. Im laufenden Jahr trägt die Senkung des Beitragssatzes für Arbeitnehmer zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte ab April zu dem Anstieg bei; allerdings wird dieser Effekt

durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und die Einführung einer Stromsteuer mehr als kompensiert. Real gerechnet ergibt sich sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr ein Einkommenszuwachs von rund 2½ vH. Bei kaum veränderter Sparquote wird der private Verbrauch mit etwa gleicher Rate zunehmen.

Preisanstieg beschleunigt sich leicht

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Laufe des vergangenen Jahres weiter verringert; im ersten Quartal 1999 betrug die Teuerungsrate lediglich 0,3 vH. Maßgeblich für das ruhige Preisklima waren rückläufige Einfuhrpreise und sinkende Lohnstückkosten.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1999 wird das Verbraucherpreisniveau jedoch wieder etwas deutlicher anziehen. Die Einfuhren werden sich verteuern, nicht zuletzt wegen höherer Rohstoffpreise. Hinzu kommt ein Anstieg der Lohnstückkosten, denn anders als in den drei Jahren zuvor wird der Lohnzuwachs wieder über den Produktivitätsanstieg hinausgehen; allerdings wird sich dieser Effekt erst im kommenden Jahr deutlich bemerkbar machen. Überdies führt die erste Stufe der ökologischen Steuerreform, die zum 1. April 1999 in Kraft getreten ist, zu einer Verteuerung von Haushaltsenergie und Kraftstoffen; für sich genommen erhöht sie den Preisindex für die Lebenshaltung um 0,4 bis 0,5 vH. Dem stehen aber die preisdämpfenden Wirkungen der gleichzeitigen Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung gegenüber. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Jahr 1999 um weniger als 1 vH steigen.

Im nächsten Jahr wird sich der Preisauftrieb etwas beschleunigen. So eröffnen sich angesichts der besseren Verbrauchskonjunktur Preiserhöhungsspielräume. Hinzu kommt, daß die Preissenkungspotentiale im Bereich Telekommunikation allmählich ausgeschöpft sein dürften. Schließlich ist damit zu rechnen, daß die Unternehmen in beträchtlichem Umfang Subventionskürzungen hinnehmen werden müssen. Diese finanziellen Belastungen dürften teilweise an die Verbraucher weitergegeben werden. Im Durchschnitt des Jahres 2000 dürfte die Teuerungsrate bei 1,5 vH liegen.

Produktion überwindet Schwächephase

Im Gefolge der Krisen in verschiedenen Regionen der Welt hat sich die Zunahme der gesamt-

wirtschaftlichen Produktion deutlich abgeschwächt (vgl. Abbildung 2.2). Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich im Winterhalbjahr nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 1¼ vH erhöht haben.

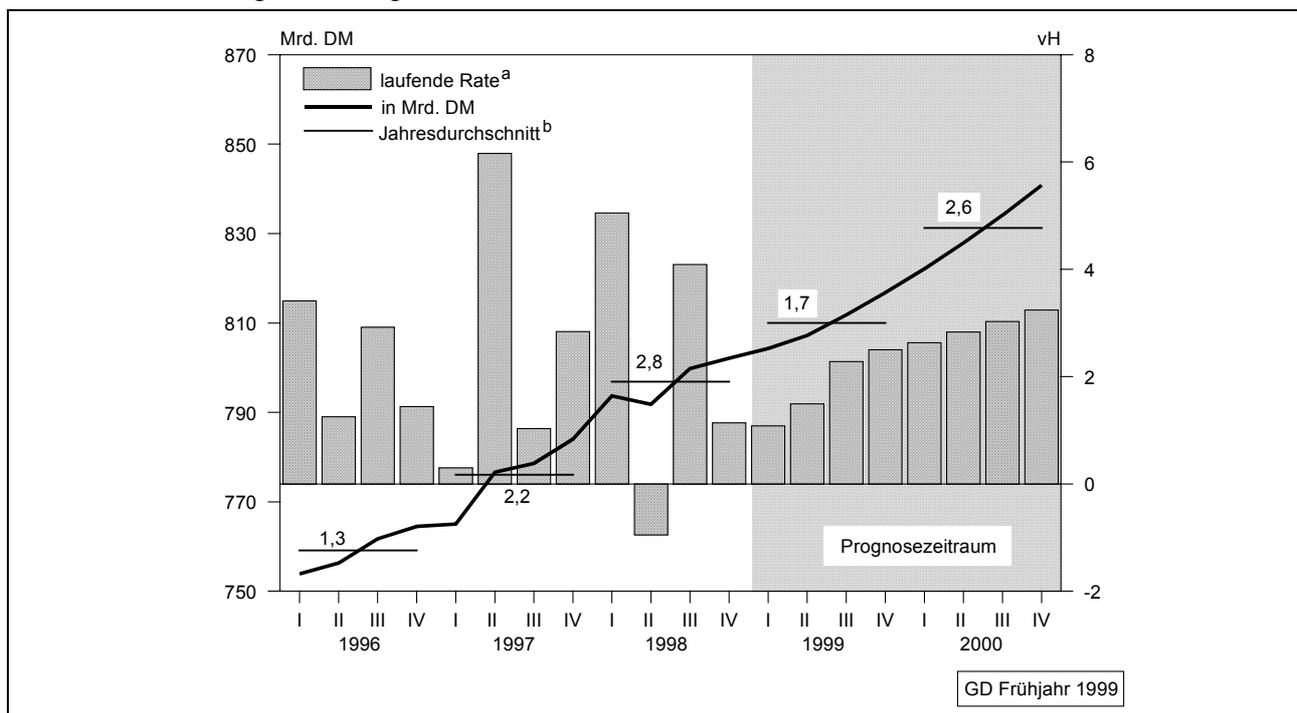
Im Prognosezeitraum werden die dämpfenden Wirkungen der Entwicklung in den Krisenregionen schwächer, und die inländischen Auftriebskräfte verstärken sich wieder. Im Durchschnitt des Jahres 1999 wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1,7 vH betragen. In Ostdeutschland fällt die Zuwachsrate mit 2 vH dabei etwas stärker aus als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 2.3). Während die Industrieproduktion in Westdeutschland als Folge der kontraktiven Einflüsse aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt kaum höher sein wird als im Vorjahr, wird sie in Ostdeutschland um rund 5 vH zunehmen. Die Bauproduktion steigt in Westdeutschland merklich, während in Ostdeutschland der Rückgang lediglich etwas schwächer wird. Im Dienstleistungssektor ist aufgrund der reger werdenden Inlandsnachfrage eine leichte Beschleunigung zu erwarten; die Zuwachsraten in den neuen Ländern nähern sich hier denen im früheren Bundesgebiet an.

Im Jahr 2000 wird sich die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter verstärken. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage werden lebhafter, und der Aufschwung gewinnt etwas an Breite. Insbesondere die industrielle Produktion nimmt in allen Bereichen kräftiger zu als 1999; in Ostdeutschland wird der Anstieg erneut stärker als in Westdeutschland sein. Die Bautätigkeit wird insgesamt etwas reger; in Ostdeutschland dürfte die Talfahrt allmählich zu Ende gehen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2000 um 2,6 vH steigen; dabei wird der Zuwachs in den neuen Ländern ähnlich hoch sein wie im früheren Bundesgebiet.

Beschäftigung nimmt nur langsam zu

Die Verbesserung am Arbeitsmarkt, die im Frühjahr 1998 begonnen hatte, setzte sich in den Wintermonaten nicht mehr fort. Im produzierenden Gewerbe, das durch die Exportschwäche besonders betroffen war, ging die Erwerbstätigkeit zurück, in den Dienstleistungsbereichen stieg sie dagegen

Abbildung 2.2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 1999: Prognose der Institute.

Tabelle 2.3:
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt ^a									
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr	2,8	1,7	2,6	2,8	1,7	2,6	2,0	2,0	2,6
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	33.970	34.045	34.160	27.915	27.980	28.105	6.055	6.065	6.055
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.279	4.025	3.755	2.904	2.740	2.520	1.375	1.285	1.235
Arbeitslosenquote ^c (in vH)	11,2	10,6	9,9	9,4	8,9	8,2	18,5	17,5	16,9
Verbraucherpreise ^d									
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr	1,0	0,7	1,5	0,9	0,7	1,5	1,1	0,7	1,5
Lohnstückkosten ^e									
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr	-1,3	1,2	0,3	-1,2	1,3	0,5	-2,0	0,6	-0,6
Finanzierungssaldo des Staates ^f (Mrd. DM)	-79	-69	-61						
<i>Nachrichtlich:</i>									
Finanzierungssaldo des Staates ^g (in vH)									
nationale Abgrenzung	-2,1	-1,8	-1,5						
ESVG-Abgrenzung	-2,0	-1,7	-1,4						
Leistungsbilanzsaldo ^h (Mrd. DM)	-6,2	-10	-7						

^a In Preisen von 1991. – ^b Im Inland. – ^c Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). – ^d Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ^e Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991. – ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; nationale Abgrenzung. – ^g Finanzierungssaldo des Staates in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ^h In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank und Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

weiter. Insgesamt dürfte die Zahl der Beschäftigten im Verlauf des Winterhalbjahres stagniert haben.

In Westdeutschland kam der Beschäftigungsaufbau zum Stillstand. In Ostdeutschland war die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von der Arbeitsmarktpolitik geprägt. So ergab sich hier wohl im ersten Quartal 1999 sogar ein Rückgang, da die Zahl der Beschäftigten am zweiten Arbeitsmarkt abnahm.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich nur allmählich bessern (vgl. Tabelle 2.4). In

Westdeutschland werden die konjunkturellen Auftriebskräfte im Prognosezeitraum auf dem Arbeitsmarkt nach und nach wirksam werden. Der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe schwächt sich ab, während die Erwerbstätigkeit im tertiären Sektor weiter zunimmt. Im kommenden Jahr ist eine leicht höhere Beschäftigung sowohl im Baugewerbe als auch in der Industrie zu erwarten. In Ostdeutschland geht dagegen die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Jahres 1999 noch etwas zurück. Zwar wird im Verarbei-

Tabelle 2.4:
Arbeitsmarktbilanz
- Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Deutschland						
Erwerbstätige im Inland	34.860	34.423	33.962	33.970	34.045	34.160
Selbständige	3.614	3.622	3.648	3.687	3.730	3.770
Abhängig Beschäftigte	31.246	30.801	30.314	30.283	30.315	30.390
darunter:						
Kurzarbeiter	199	277	183	115	125	110
Arbeitslose	3.612	3.965	4.384	4.279	4.025	3.755
Arbeitslosenquote ^a	9,4	10,3	11,4	11,2	10,6	9,9
Pendlersaldo	-43	-51	-53	-54	-55	-60
Erwerbstätige Inländer	34.817	34.372	33.909	33.916	33.990	34.100
Westdeutschland						
Erwerbstätige im Inland	28.464	28.156	27.884	27.915	27.980	28.105
Selbständige	3.099	3.104	3.114	3.130	3.150	3.165
Abhängig Beschäftigte	25.365	25.052	24.770	24.785	24.830	24.940
darunter:						
Kurzarbeiter	128	206	133	81	95	80
Arbeitslose	2.565	2.796	3.021	2.904	2.740	2.520
Arbeitslosenquote ^b	8,3	9,0	9,8	9,4	8,9	8,2
Ostdeutschland						
Erwerbstätige im Inland	6.396	6.267	6.078	6.055	6.065	6.055
Selbständige	515	518	534	557	580	605
Abhängig Beschäftigte	5.881	5.749	5.544	5.498	5.485	5.450
darunter:						
ABM-Beschäftigte ^c	312	278	235	314	380	360
Kurzarbeiter	71	71	49	34	30	30
Arbeitslose	1.047	1.169	1.364	1.375	1.285	1.235
Arbeitslosenquote ^b	14,1	15,7	18,3	18,5	17,5	16,9
Berufliche Vollzeitweiterbildung ^d	243	230	147	149	170	180

^a Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ^b Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). – ^c Bis 1997 einschließlich produktiver Lohnkostenzuschüsse nach §§ 242s und 249h AFG bzw. Struktur Anpassungsmaßnahmen nach §§ 272-279 und § 415 SGB III (ab 1998). – ^d Von 1997 an ohne Einarbeitungsmaßnahmen und ohne zweckmäßige Förderung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

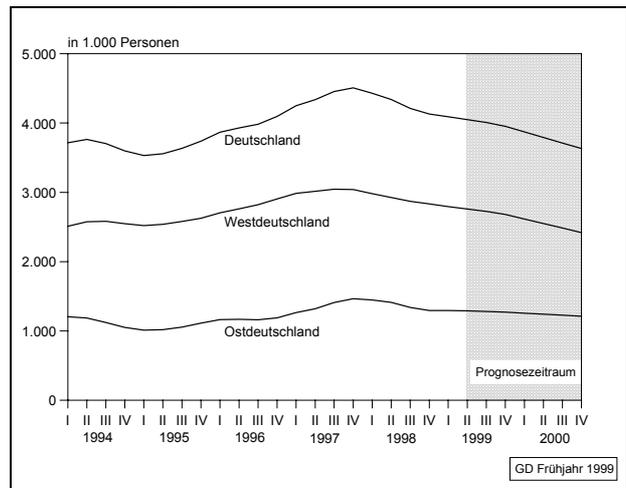
tenden Gewerbe der Personalstand ausgeweitet, doch sinkt im Baugewerbe infolge der Überkapazitäten in diesem Bereich die Beschäftigung immer noch. Auch im öffentlichen Dienst wird sich die Personalreduzierung fortsetzen. Erst im Verlauf des Jahres 2000 wird die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder leicht steigen, obwohl die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen im Jahr 2000 gegenüber 1999 etwas verringert werden; im Durchschnitt dürften sie in beiden Jahren in etwa auf dem Stand von 1998 verharren. Insgesamt ergibt sich im Jahr 1999 eine Erhöhung um 75.000 Personen, für das kommende Jahr wird mit einem Anstieg von 115.000 Personen gerechnet.

Trotz des relativ schwachen Beschäftigungsanstiegs wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Prognosezeitraum deutlich sinken (vgl. Abbildungen 2.3 und 2.4). Maßgeblich hierfür ist, daß das Arbeitsangebot außergewöhnlich stark zurückgeht. Für dieses und das nächste Jahr wird mit einer Abnahme des Erwerbspersonenpotentials um fast eine halbe Million Personen gerechnet (1999: 220.000 Personen; 2000: 250.000 Personen). Hierzu tragen neben einem negativen Wanderungssaldo bei Ausländern vor allem Altersstruktureffekte, die Verringerung der Zuwanderung von Aussiedlern, die stärkere Inanspruchnahme des Bildungssystems und der Übergang in vorzeitige Rente bei. Im Jahr 1999 wird die Erwerbslosigkeit zusätzlich durch das „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ vermindert; nach den bislang vorliegenden Erfahrungen waren rund zwei Drittel der dieses Programm in Anspruch nehmenden Jugendlichen vorher als arbeitslos registriert. Insgesamt ist im Jahr 1999 mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 255.000, im Jahr 2000 um 270.000 zu rechnen. Dennoch werden Ende 1999 noch knapp 4 Millionen Personen und Ende 2000 noch 3,6 Millionen Personen arbeitslos sein.

Leistungsbilanz bleibt defizitär

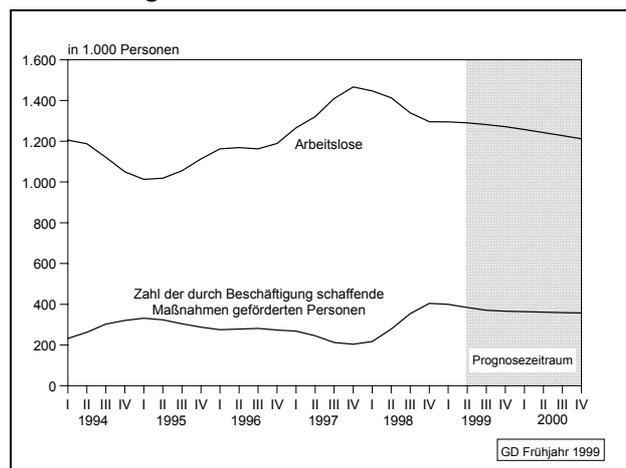
Im Durchschnitt des vergangenen Jahres erhöhten sich die realen Warenimporte stärker als die Exporte. Zugleich gingen die Einfuhrpreise erheblich mehr zurück als die Ausfuhrpreise, so daß sich die Terms of Trade spürbar verbesserten. Der Handelsbilanzüberschuß stieg um 13 Mrd. DM auf 129 Mrd. DM und erreichte damit den höchsten Stand seit der deutschen Vereinigung. Da sich jedoch die Defizite in der Dienstleistungsbilanz und vor allem in der Bilanz der Erwerbs- und Vermö-

Abbildung 2.3:
Zahl der Arbeitslosen in Deutschland
- Saisonbereinigter Verlauf -



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 2. Quartal 1999: Prognose der Institute.

Abbildung 2.4:
Beschäftigung schaffende Maßnahmen^a und
Arbeitslosigkeit^b in Ostdeutschland



^a Allgemeine Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^b Saisonbereinigte Werte.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 2. Quartal 1999: Prognose der Institute.

genseinkommen deutlich vergrößerten, blieb die Leistungsbilanz im Minus; das Defizit betrug 6 Mrd. DM (1997: 2 Mrd. DM).

Bei weiter expandierender Inlandsnachfrage wird in diesem Jahr die Zuwachsrate der Einfuhr die der Ausfuhr erneut übertreffen. Bei einer leichten Verbesserung der Terms of Trade im Jahresdurchschnitt 1999 wird der Überschuß in der Handelsbilanz in diesem Jahr etwa so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Im Jahr 2000 wird das Volumen der Wareneinfuhr mit knapp 5 vH ähnlich stark steigen

wie das der Warenausfuhr. Angesichts des höheren Ausgangsniveaus beim Export wird sich der Handelsbilanzsaldo vergrößern. Vor allem aufgrund der anhaltend defizitären Entwicklung im Dienstleistungsverkehr dürfte der Saldo der Leistungsbilanz in diesem und im nächsten Jahr jedoch negativ bleiben.

Budgetdefizit nimmt ab

Die Finanzpolitik war im Jahr 1998 weiterhin auf die Rückführung der Haushaltsfehlbeträge ausgerichtet. Das staatliche Budgetdefizit verringerte sich um reichlich 20 Mrd. DM auf 79 Mrd. DM; das Defizit sank damit – in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) – von 2,7 vH auf 2,0 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Abnahme ist auf Ausgabenmäßigung und nicht zuletzt auf die Besserung der Konjunktur zurückzuführen; so verringerten sich die arbeitsmarktbedingten Aufwendungen, und das Steueraufkommen nahm, insbesondere bei den gewinnabhängigen Steuern, deutlich zu. Außerdem nahmen die Steuerausfälle, die aus der Investitionsförderung in den neuen Bundesländern und aus der Verrechnung von Verlusten früherer Jahre resultieren, erheblich ab. Ferner erhöhten sich die Erwerbseinkünfte des Staates – insbesondere wegen der in VGR-Abgrenzung um 5 Mrd. DM höheren Gewinnabführung der Bundesbank – um mehr als 5 vH.

Die Staatsausgaben werden in diesem Jahr mit 3 vH kräftiger als im Vorjahr (1,5 vH) expandieren. Die Löhne im öffentlichen Dienst steigen deutlich stärker; außerdem schlägt zu Buche, daß es im Gesundheitswesen zu Mehrausgaben kommt. Ferner werden die Mittel für die sogenannte aktive Arbeitsmarktpolitik nochmals kräftig (um 6 Mrd. DM) erhöht. Auch muß der Bund die bei den Postunterstützungskassen aufgelaufenen Fehlbeträge in Höhe von 8 Mrd. DM ausgleichen.

Im nächsten Jahr dürften die Staatsausgaben wieder etwas schwächer steigen. Zur Finanzierung der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen werden wohl die Ausgaben gekürzt; bei der Prognose wird von Einsparungen in Höhe von insgesamt 12 Mrd. DM ausgegangen, vorwiegend bei Subventionen und beim Staatsverbrauch. Ferner wirkt die weiter sinkende Arbeitslosigkeit entlastend. Insgesamt dürfte der Anstieg der Staatsausgaben im nächsten Jahr mit knapp 2 vH hinter dem Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts (4 vH) zurückbleiben, so daß die Staatsquote nach dem leichten An-

stieg im laufenden Jahr im nächsten Jahr wieder sinkt.

Die öffentlichen Investitionsausgaben werden nach einem mehrjährigen Rückgang wieder ausgeweitet – um 5 vH in diesem und um 3 vH im nächsten Jahr. Ausschlaggebend hierfür ist, daß sich die Finanzlage der Gemeinden deutlich verbessert hat, so daß sich Spielräume eröffnen, um den inzwischen aufgelaufenen Nachholbedarf in der Infrastrukturausstattung zu verringern. Der kräftige Anstieg der Investitionen in der Abgrenzung der VGR in diesem Jahr ist freilich auch dadurch bedingt, daß die Grundstücksverkäufe des Bundes niedriger sein werden als im Vorjahr.³ Die Zinsausgaben werden im laufenden Jahr mit 1,5 vH weniger steigen als die Ausgaben insgesamt, da die niedrigen Kapitalmarktzinsen entlastend wirken. Im nächsten Jahr werden sie bei leicht höheren Zinsen wieder etwas stärker zunehmen (um 2½ vH).

Auf der Einnahmenseite werden insbesondere die Steuern kräftig steigen, nämlich um knapp 6 vH; im nächsten Jahr wird sich der Anstieg aber wieder auf reichlich 3 vH abflachen. Die Zunahme der Steuereinnahmen in diesem Jahr resultiert insbesondere aus Steuerrechtsänderungen. Zwar führen die mit der Neuregelung der „630-Mark-Jobs“ verbundene weitgehende Aufhebung der Steuerpflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sowie die Aufstockung des Grundfreibetrags zu Mindererträgen, doch stehen dem deutlich höhere Mehreinnahmen durch die zum 1. April 1999 in Kraft getretene Anhebung der Mineralölsteuer und die Einführung der Stromsteuer (rund 8 Mrd. DM) gegenüber. Aufkommenssteigernd wirkt auch, daß die Mehrwertsteuererhöhung vom 1. April 1998 für ein volles Jahr kassenwirksam ist und die Anfang 1998 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform nunmehr zu Mehreinnahmen führt. Die zu Beginn des Jahres 1999 in Kraft getretene Steuerreform (zu den einzelnen Maßnahmen vgl. Tabelle 2.5) wirkt in diesem Jahr aufkommensneutral, und im nächsten Jahr folgt nur eine geringe Nettoentlastung; zu einer deutlichen Entlastung (um reichlich 20 Mrd. DM) kommt es erst im Jahr 2002. Der Schwerpunkt dieser Reform liegt in der Entlastung der unteren Einkommen und der Familien mit Kin-

³ In der VGR werden Grundstücksgeschäfte beim Verkäufer als negative Investitionen und beim Käufer als positive Investitionen verbucht. Die hohen Grundstücksverkäufe des Staates haben in der Vergangenheit die staatlichen Investitionen laut VGR-Abgrenzung zusätzlich gesenkt und die gewerblichen Investitionen erhöht.

Tabelle 2.5:
Auswirkungen der Steuerreform auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
- in Mio. DM -

	1999	2000	2001	2002
1. Erhöhung des Kindergeldes	-6.400	-5.800	-5.800	-5.800
2. Senkung des Eingangsteuersatzes	-1.370	-1.310	-1.330	-1.360
3. Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte	-930	-1.120	-1.380	-1.500
4. Senkung des Körperschaftsteuersatzes	-1.365	-2.868	-3.815	-3.885
5. Anhebung des Grundfreibetrages	-	-4.060	-3.870	-3.900
6. Senkung des Eingangsteuersatzes	-	-620	-570	-600
7. Korrektur des Steuertarifs	-	-6.280	-6.280	-6.420
8. Senkung des Spitzensteuersatzes	-	-1.490	-1.630	-1.840
9. Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte	-	-1.100	-1.340	-1.550
10. Anhebung des Grundfreibetrages	-	-	-	-5.220
11. Senkung des Eingangsteuersatzes	-	-	-	-1.860
12. Korrektur des Steuertarifs	-	-	-	-18.900
13. Senkung des Spitzensteuersatzes	-	-	-	-2.170
14. Erhöhung des Kindergeldes	-	-	-	-1.900
15. Zusammen (Zeilen 1 bis 14)	-10.065	-24.648	-26.015	-56.905
16. Verschärfung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung (Rückstellungsbildung, Teilwertabschreibung, Wertaufholung)	2.985	4.620	4.600	6.748
17. Streichung des ermäßigten Steuersatzes für außerordentliche Einkünfte	1.326	3.820	6.858	6.686
18. Halbierung des Sparerfreibetrages und Verlängerung der „Spekulationsfristen“ für private Veräußerungsgewinne	166	2.411	3.575	4.035
19. Sonstige Maßnahmen	5.592	11.716	10.387	18.924
20. Zusammen (Zeilen 16 bis 19)	10.069	22.567	25.420	36.393
21. Insgesamt (Zeile 15 plus 20)	4	-2.081	-595	-20.512

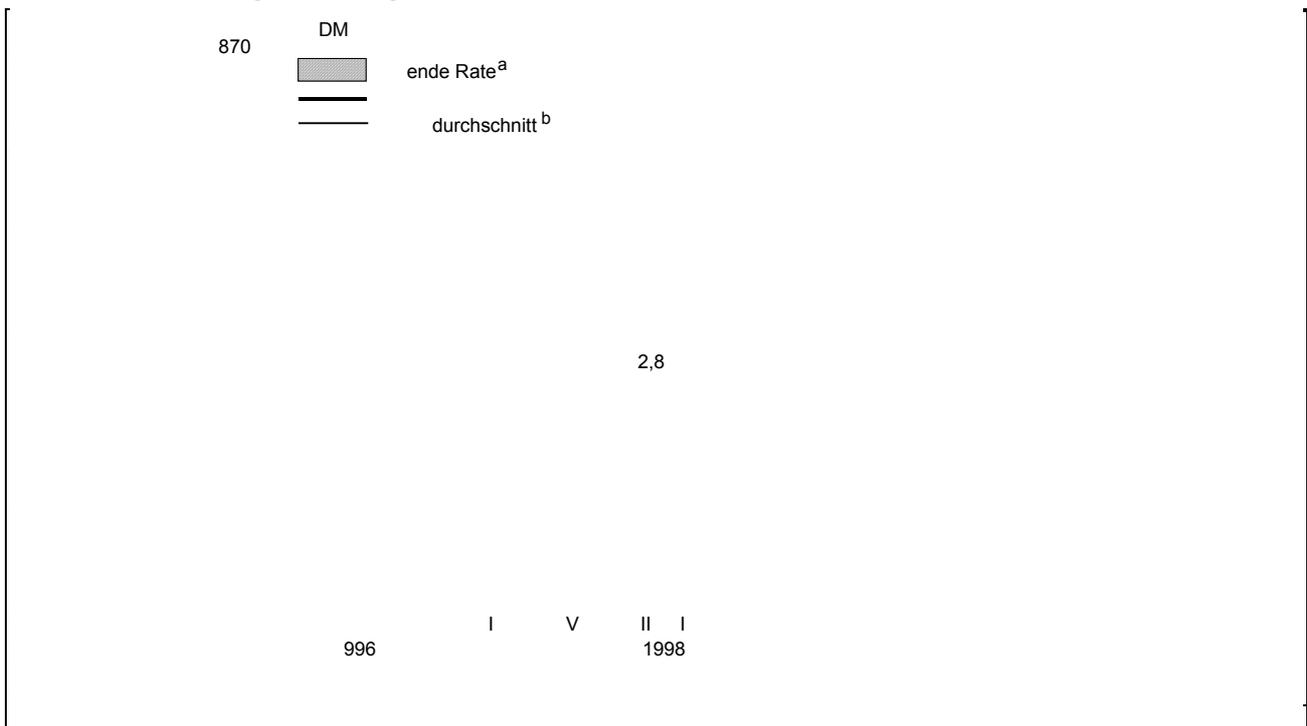
Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

dern; die effektive Steuerbelastung der Unternehmen wird dagegen höher.

Für das nächste Jahr sind weitere steuerliche Maßnahmen absehbar. So sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Familien mit Kindern zu entlasten, wobei allerdings noch unklar ist, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wird. In der Prognose wird unterstellt, daß es durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs im nächsten Jahr zu Steuermindererinnahmen bzw. Mehrausgaben in Höhe von insgesamt rund 5 Mrd. DM kommt. Ferner hat

die Bundesregierung eine weitere Senkung der Steuersätze auf Unternehmenserträge auf einen einheitlichen Satz von höchstens 35 vH (einschließlich Gewerbebeertragsteuer) in Aussicht gestellt. In der Prognose wird unterstellt, daß diese Absicht in mehreren Stufen verwirklicht wird und dadurch im nächsten Jahr bei den Unternehmen eine Bruttoentlastung in Höhe von rund 7 Mrd. DM entsteht. Zusammen mit der Verbesserung beim Familienleistungsausgleich in Höhe von 5 Mrd. DM werden die neuen steuerlichen Maßnahmen mit insgesamt 12 Mrd. DM angesetzt. Gleichzeitig wurde unter-

Abbildung 2.6:
RWI-Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in vH, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 1999: Prognose des RWI.

Bundesregierung im Wachstumprogramm für diese Jahre anvisierten Quote von 2 vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

* * *

Eine abweichende Einschätzung

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, insbesondere für 1999, günstiger als die Mehrheit der Institute. Die Konjunktur wird sich nach einem schwachen vierten Quartal, in dem vor allem die Außennachfrage als Folge der diversen Finanzkrisen stärker beeinträchtigt wurde, als noch im Herbst allgemein erwartet worden war, früher und kräftiger erholen als nach Einschätzung der Mehrheit. Insbesondere bei der Ausfuhr und dadurch zum Teil auch bei den Investitionen wird eine größere Dynamik gesehen.

Das RWI schätzt die Erholung des Welthandels mit Zuwachsraten von reichlich 4 vH in diesem und reichlich 6 vH im kommenden Jahr stärker ein als die anderen Institute; zudem erwartet es – im Vergleich zu diesen – in Anbetracht der günstigen Fundamentaldaten, daß die Investitionen in diesem

Jahr eine stärkere Triebkraft der Expansion der Binnennachfrage im Euro-Raum sind.

Von der Auslandsnachfrage erwartet das RWI stärkere Impulse, zumal diese in regionaler und sektoraler Hinsicht für die deutsche Exportwirtschaft vorteilhaft ist. Eine optimistischere Beurteilung scheint auch dadurch gerechtfertigt, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland saisonbereinigt seit November vergangenen Jahres nicht weiter zurückgingen und zuletzt gestiegen sind. Im Ergebnis dürften die Exporte im Verlauf dieses und des nächsten Jahres deutlicher zunehmen. Für 1999 wird im Jahresdurchschnitt ein Anstieg von 3,3 vH, für 2000 ein Zuwachs von 6 vH erwartet.

Das RWI schätzt auch die Investitionsentwicklung positiver ein als die anderen Institute. Es ist der Meinung, daß der nach der Rezession von 1993 erst mit starker Verzögerung in Gang gekommene

Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen wegen der kurzzeitigen Produktionsschwäche nur wenig an Dynamik verliert. Die Grundverfassung der deutschen Wirtschaft ist nach den Rationalisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre und angesichts der günstigen Rahmenbedingungen robust. Mit der Belebung der Außennachfrage sowie dem stärkeren Anziehen der Inlandsnachfrage, nicht zuletzt des privaten Verbrauchs, bessern sich auch die Absatz- und Ertragsperspektiven wieder. Die aktuelle Entwicklung der Auftragseingänge der Investitionsgüterindustrie deutet bereits auf eine gegenwärtig höhere Produktion hin. Hinzu kommt, daß sich die Unsicherheiten über den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der neuen Bundesregierung allmählich legen werden und bei einer raschen Verwirklichung der angekündigten Reform der Unternehmensbesteuerung sich auch die Erwartungen aufhellen dürften. Bei nur geringer Zunahme der Lohnstückkosten und außerordentlich niedrigen Kapitalmarktzinsen erwartet das RWI daher ein deutlich kräftigeres Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen als die Mehrheit; es rechnet mit einem Anstieg im Jahresdurchschnitt von 7,3 vH in diesem und von 6,9 vH im kommenden Jahr. Auch bei den Bauinvestitio-

nen wird ein stärkerer Zuwachs erwartet. Zum einen wird der Wirtschaftsbau von den in der RWI-Prognose höheren Ausrüstungsinvestitionen bereits im laufenden Jahr zusätzliche Impulse erhalten, zum anderen dürfte bei der Wohnungsbaunachfrage mit den höheren Realeinkommen die Belebung etwas früher einsetzen.

Von der zügigeren konjunkturellen Erholung profitieren die privaten Haushalte. Zwar wird bei den Löhnen ein ähnlicher Anstieg wie von der Mehrheit der Institute unterstellt, doch wird angesichts der deutlicheren Besserung der Arbeitsmarktlage von einer stärkeren Ausweitung der Verbrauchsausgaben ausgegangen. Mit jeweils 2,8 vH in diesem wie im kommenden Jahr dürfte der private Konsum daher etwas kräftiger expandieren als von den anderen Instituten prognostiziert.

Alles in allem erwartet das RWI daher eine ausgeprägtere Aufwärtsentwicklung in Deutschland als die Mehrheit der Institute. Den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts prognostiziert es in diesem Jahr auf 2,4 vH, im nächsten auf 3 vH. Damit geht auch eine deutlichere Ausweitung der Erwerbstätigkeit einher; für 1999 rechnet das RWI mit einem Anstieg um 130.000 und für 2000 um 240.000 Personen.

3. Zur Wirtschaftspolitik

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland und im übrigen Europa ist im vergangenen Jahr infolge der weltwirtschaftlichen Entwicklung ins Stocken geraten. Ein Anhalten der Konjunkturschwäche oder gar ein Abgleiten in die Rezession droht gleichwohl nach Meinung der Institute nicht. Die sich mittlerweile abzeichnende Stabilisierung in einem Teil der Krisenländer und nicht zuletzt

der Kurs der Geld- und Finanzpolitik lassen vielmehr eine Rückkehr zu einer zügigen Aufwärtsentwicklung erwarten. Insbesondere die Geldpolitik ist ausgeprägt expansiv ausgerichtet, nachdem die Europäische Zentralbank vor dem Hintergrund der konjunkturellen Eintrübung in Europa die monetären Zügel deutlich gelockert hat.

Trotz dieser günstigen Perspektive für die Konjunktur bleiben die Kernprobleme der deutschen Wirtschaft bestehen. Vor allem die Lösung des Beschäftigungsproblems erfordert große Anstrengungen. Es liegt nun an den anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik, die Hemmnisse für Investitionen zu beseitigen und die Einstellung von Arbeitskräften attraktiver zu machen. In Ostdeutschland kann die Entwicklung nur durch eine Verbesserung der Angebotsbedingungen gefördert werden. Zwar ist dort nicht mehr mit einem geringeren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 3.1). Dies ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß der Aufholprozeß wieder in Gang gekommen ist, sondern in erster Linie Folge der nun auslaufenden Schwäche der Baukonjunktur.

Die neue Bundesregierung hat zu Beginn ihrer Amtszeit mit ihrer Finanzpolitik die Stärkung der Nachfrage betont; dabei standen verteilungspolitische Maßnahmen im Vordergrund. In der ersten Stufe der Steuerreform wurden die privaten Haushalte entlastet und die Unternehmen per saldo belastet. Von diesen Maßnahmen gehen keine nennenswerten Impulse für Wachstum und Beschäftigung aus. Zu Recht macht sich die Bundesregie-

rung nun daran, auch die Steuern für die Unternehmen zu senken. Die Absicht, die marginalen Steuersätze zu verringern und gleichzeitig die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, zielt in die richtige Richtung, denn damit wird die Rentabilität der Investitionen erhöht und die Gründung von neuen Unternehmen gefördert. Generell sind davon Anregungen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum zu erwarten; diese sind um so größer, je mehr sie mit einer Nettoentlastung der Steuerzahler verbunden werden. Aus diesem Grund haben die Institute in ihrem Gutachten vom vergangenen Herbst eine mutige Reform gefordert; sie würde beinhalten, daß es im Rahmen der Steuerreform zu einer deutlichen Entlastung kommt und nicht die vollständige Finanzierung durch höhere Steuern an anderer Stelle gesucht wird. Die Finanzierung sollte vielmehr in erster Linie durch Einsparungen auf der Ausgabenseite erreicht werden.

Wenn es auch richtig ist, daß Maßnahmen, die wachstumsfördernd sind, so rasch wie möglich umgesetzt werden sollten, ist es bei der Realisierung der Steuerreform durchaus sinnvoll, schrittweise vorzugehen. Bei der zeitlichen Verteilung der Reformschritte sind die Wirkungen auf die Haushaltsdefizite des Staates zunächst zweitrangig,

Tabelle 3.1:

Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland

- Westdeutschland = 100 -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Einwohner	38,9	47,7	52,3	55,0	56,8	56,9	55,9	56,5	56,7
Ausrüstungsinvestitionen zu jeweiligen Preisen je Einwohner	75,3	99,5	111,5	110,2	111,3	102,1	94,2	83,4	77,4
Bauinvestitionen zu jeweiligen Preisen je Einwohner									
Insgesamt	100,8	130,8	163,7	174,5	178,4	175,4	162,1	154,7	148,3
Wohnungsbau	61,3	82,4	112,1	132,7	144,1	144,7	130,7	123,9	118,6
Gewerblicher Bau	141,5	193,1	229,9	232,3	220,4	212,2	192,5	178,4	169,3
Öffentlicher Bau	147,6	179,6	237,4	226,6	238,4	238,3	246,5	248,8	241,2
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	60,7	67,9	70,5	72,5	73,6	74,4	73,8	73,8	73,9
Arbeitsproduktivität ^a	43,5	53,1	56,0	57,3	59,4	60,4	59,4	59,9	60,3
Lohnstückkosten ^b	139,4	128,0	126,0	126,5	124,0	123,2	124,1	123,3	122,6

^a Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen. – ^b Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

sofern gleichzeitig die Ausgabenpolitik – also die Entwicklung der Staatsquote – für die mittlere Frist verbindlich festgelegt wird. Dann wäre auch ersichtlich, daß die Defizite auf dem Pfad bleiben, der mit dem angestrebten Abbau des strukturellen Defizits vereinbar ist.

Im Vorfeld der Verabschiedung verschiedener Reformvorhaben hat die Bundesregierung einen Weg eingeschlagen, der ordnungspolitisch problematisch ist. Konkrete Vorhaben wie die Verringerung der Körperschaftsteuer oder die Abschaffung von Steuervergünstigungen oder Subventionen können nicht Gegenstand von Verhandlungen mit den „betroffenen“ Unternehmen sein. Auch wenn ein Austausch von Informationen immer sinnvoll ist: Einen Verhandlungsprozeß darf es nicht geben. All diese Vorhaben sollten nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten entworfen werden, wobei Effizienzaspekte im Vordergrund stehen müssen. Da die Verbände naturgemäß einzelwirtschaftliche Interessen vertreten, dürfte ihre Einbeziehung zu einer falschen Auswahl von Maßnahmen führen. Bezüglich der generellen Strategie und der konkreten Maßnahmen müssen vielmehr volkswirtschaftliche Kriterien entscheidend sein. Dasselbe Prinzip gilt beispielsweise bei den Überlegungen zur Verringerung der Subventionen. Es widerspricht ordnungspolitischen Grundsätzen, mit einzelnen Interessenvertretern über Subventionskürzungen zu verhandeln. Weil hier nur einzelne und längst nicht alle Subventionsbezieher zu Wort kommen – und dann wahrscheinlich besonders einflußreichen Interessenvertretern mehr Rechte zugestanden werden –, ist nicht zu erwarten, daß es dabei zu einer effizienten Vorgehensweise bei den Subventionskürzungen kommt. Insofern kommen bei einem solchen Verfahren die Interessen der Steuerzahler, die ja die Mittel für Subventionen letztlich aufbringen müssen, zu kurz.

Hinsichtlich der Einsparungen auf der Ausgabe Seite, die von der Bundesregierung angestrebt werden, besteht bei der Verringerung der Subventionen der größte Spielraum. Die Subventionen in Deutschland sind – unabhängig davon, welche Abgrenzung man bei der Berechnung zugrundelegt – so umfangreich, daß sie die Allokation der Ressourcen erheblich verzerren und damit letztlich auch das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, weil sich die Wirtschaftssubjekte stärker von staatlichen Einflüssen und weniger von ökonomischen Kriterien leiten lassen; außerdem ist die Belastung der Volkswirtschaft mit Steuern entsprechend höher. Rasche Einschnitte bei den Subven-

tionen sind allerdings schwierig, da viele Steuervergünstigungen und Finanzhilfen kurzfristig nicht disponibel sind. Es ist deshalb eine Strategie zu erwägen, bei der ein Auslaufen der einzelnen Maßnahmen angekündigt wird und bei der das Prinzip gilt, daß die „Beweislast“ für die Notwendigkeit einer Subvention bei den Beziehern – bzw. bei denen, die neue Hilfen fordern – liegt. Unabhängig davon dürfte eine Rückführung von Subventionen leichter zu erreichen sein, wenn gleichzeitig die Haushalte und die Unternehmen steuerlich deutlich entlastet werden.

Der Übergang in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist nahezu problemlos gelungen. Nach der Einführung des Euro liegt die Verantwortung für die Geldpolitik im Euro-Raum nun bei der Europäischen Zentralbank. Deren geldpolitische Strategie zur Wahrung der Preisstabilität stützt sich auf zwei Säulen: die Geldmengenausweitung sowie die Abschätzung der Perspektiven für die Preisentwicklung. In der Übergangsphase steht die EZB jedoch vor erheblichen Problemen. Zum einen ist die Datenbasis für das Euro-Währungsgebiet immer noch unzureichend. Damit wird die Fundierung der Geldpolitik, die sich auf makroökonomische Zusammenhänge in der Vergangenheit stützen muß, erschwert. Zum anderen sind die Indikatoren der Geldpolitik nicht so zuverlässig, wie sie es für einzelne Länder gewesen sind. Dies betrifft die Zinssätze für das Währungsgebiet, die zuvor beispielsweise durch Unterschiede bei den Risikoprämien beeinflusst waren. Aber auch die Geldmengenaggregate sind berührt; besonders in der Anfangsphase kann es zu Instabilitäten in der Geldnachfrage kommen, die sich nur schwer und möglicherweise erst spät identifizieren oder quantifizieren lassen. Etwaige Instabilitäten wichtiger Zusammenhänge – unter anderem der Geldnachfrage – wirken sich erschwerend auf die Geldpolitik aus. Vor diesem Hintergrund kommt der Informationspolitik der EZB eine große Bedeutung zu. Sie hat durch eine ausführliche Darlegung ihrer Strategie etwa in den Monatsberichten und in Pressekonferenzen zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit beigetragen.

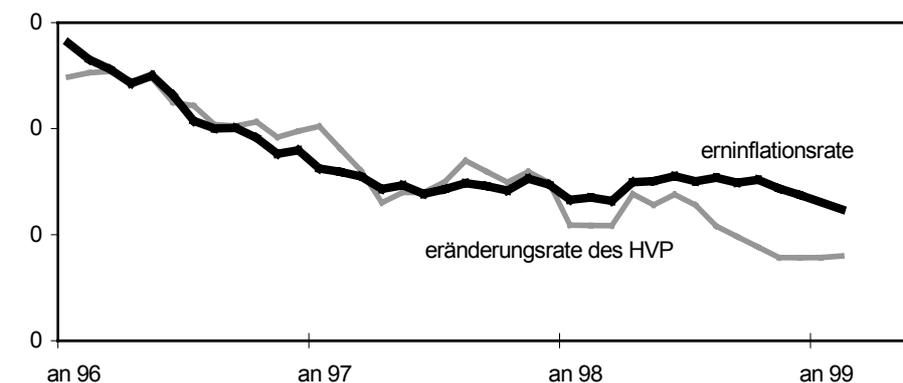
Die Transparenz bei wichtigen Entscheidungen der EZB könnte allerdings noch verbessert werden. So blieb einige Zeit die Quantifizierung des Inflationsziels im unklaren. Bei der Inflationsvorhersage stützt sich die EZB auf eine Vielzahl von Indikatoren. Die relative Bedeutung der einzelnen Variablen – die EZB nennt unter anderem die Löhne, den Wechselkurs, die Anleihekurse und die

HVPI und Kerninflation im Euro-Raum

Die EZB ist dem Vertrag von Maastricht zufolge dazu verpflichtet, die Preisniveaustabilität im Euro-Raum zu wahren. Sie operationalisiert dieses Ziel, indem sie Preisniveaustabilität als einen Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von unter 2 vH gegenüber dem Vorjahr definiert. Sie weist allerdings darauf hin, daß die Entwicklung des HVPI kurzfristig von Schwankungen einzelner Preise oder Preisindizes beeinflusst werden kann, die sich nicht auf den Inflationstrend auswirken. Dazu zählen die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen, Veränderungen der Einfuhr- oder Rohstoffpreise sowie witterungsbedingte Effekte, die sich insbesondere auf die Lebensmittelpreise auswirken. Auf derartige Effekte sollte die Geldpolitik nicht reagieren. Die EZB hat nicht zuletzt aus diesem Grund die „mittelfristige“ Beibehaltung der Preisniveaustabilität als ihr Ziel definiert.

Hinweise auf die geldpolitisch relevante aktuelle Inflationsentwicklung kann die sogenannte Kerninflationsrate liefern. Zu ihrer Berechnung finden sich in der Literatur verschiedene Verfahren. Eine einfache, gut nachzuvollziehende Methode besteht darin, einzelne Warengruppen aus dem Wägungsschema des Verbraucherpreisindex zu entfernen. Die Institute haben zur näherungsweisen Bestimmung der Kerninflationsrate einen HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel berechnet. Zusammen haben diese Warengruppen einen Anteil von etwa 18 vH am harmonisierten Warenkorb. Die Berechnungen zeigen, daß die tatsächliche Inflationsrate seit Mitte des vergangenen Jahres um etwa einen halben Prozentpunkt unterhalb der Kerninflationsrate liegt. Infolge steigender Energiepreise werden sich die beiden Raten im Prognosezeitraum wieder annähern.

Preisentwicklung im Euro-Raum^a



^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Quellen: Eurostat und EZB; Berechnungen der Institute.

Frühjahr 1999

bisherige und auch die zu erwartende Abnahme der Arbeitslosigkeit ist also nicht Spiegelbild einer dynamischen Beschäftigungsentwicklung.

Mehr noch als bisher sollte sich daher die öffentliche wie die wirtschaftspolitische Diskussion auf die Entwicklung der Beschäftigung beziehen. Zwar kann man die Zahl der Arbeitslosen mit einer Vielzahl von administrativen Maßnahmen verringern, etwa durch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Damit wäre aber für die Beschäftigung nichts gewonnen; das Arbeitsvolumen würde sogar sinken, und das Einkommen in der Volkswirtschaft würde vermindert. Vielmehr muß es um die Stärkung der Bereitschaft der Unternehmen gehen, Arbeitskräfte einzustellen. Für das Ziel, die Beschäftigung nachhaltig zu erhöhen, ist auch die Lohnpolitik gefor-

derungunion nicht stabil ist. Die grundsätzliche Orientierung der Geldpolitik an der mittleren Frist legt es nahe, daß sich die EZB nicht von dem Anstieg der Geldmenge zu Jahresbeginn leiten lassen sollte.

⁴ Die Definition der europäischen Geldmenge M3 weicht von der, die die Deutsche Bundesbank verwendete, etwas ab. Sie umfaßt den Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren.

⁵ Die EZB errechnet den Referenzwert für M3 von 4½ vH aus einem Zuwachs des Produktionspotentials von 2 bis 2½ vH, einem Aufschlag für die Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von ½ bis 1 vH und einer Obergrenze des Preisniveaustiegs von 2 vH.

Allerdings besteht dabei das Risiko, daß sich die Ausweitung der Geldmenge im nachhinein als der Beginn einer Überversorgung mit Liquidität und damit als Keim einer früher oder später einsetzenden Beschleunigung des Preisauftriebs erweisen könnte.

Die Inflationsvorhersage der EZB basiert auf einem gesamtwirtschaftlichen Datenkranz für den Euro-Raum insgesamt. In der Übergangsphase zur Währungsunion könnte es sich jedoch erweisen, daß der Zusammenhang zwischen den für die Prognose verwendeten Größen und der zukünftigen Inflationsentwicklung wegen der Einführung des Euro instabil ist. Da zudem weder Inflationsprognosen der EZB noch deren Bestimmungsfaktoren bekannt sind, bereitet es derzeit Schwierigkeiten, die Entscheidungsgründe der EZB nachzuvollziehen.

Offenbar war die Zinssenkung eine Reaktion auf die deutliche Konjunkturabschwächung vor dem Hintergrund einer als mittelfristig ruhig prognostizierten Inflationsentwicklung. Eine solche Einschätzung des Preisklimas ist selbst dann begründet, wenn man berücksichtigt, daß die Kerninflationsrate, in der vorübergehende oder einmalige Faktoren nicht enthalten sind (vgl. Kasten S. 39), gegenwärtig etwa einen halben Prozentpunkt über der Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) liegen dürfte. Auch wenn die Rohstoffpreise nunmehr wieder leicht steigen, bleiben die Teuerungsraten im nächsten Jahr unter der aus Sicht der EZB mit Preisstabilität zu vereinbarenden Obergrenze von 2 vH, und es gibt zur Zeit kaum Anzeichen für eine nennenswerte Beschleunigung der Kerninflation. So nehmen insbesondere die Lohnstückkosten im Euro-Raum allenfalls mäßig zu; bis zuletzt waren sie sogar rückläufig. Darüber hinaus wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Prognosezeitraum nur leicht steigen. Infolgedessen bleiben die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen in diesem Jahr gering, sie erhöhen sich im Laufe des nächsten Jahres allerdings leicht.

Aus der Gesamtbetrachtung der beiden Säulen der Geldpolitik, der Geldmengenentwicklung und der Inflationsprognose, ergeben sich derzeit kaum Hinweise auf eine stabilitätsgefährdende Beschleunigung des Preisauftriebs. Das Ziel der Preisstabilität bleibt – auch unter Berücksichtigung der Zinssenkung – aller Voraussicht nach während des Prognosezeitraums gewahrt. Mehren sich allerdings in naher Zukunft die Anzeichen für eine Beschleunigung der Kerninflationsrate, so müßte die EZB die geldpolitischen Zügel anziehen. Sie sollte

dies frühzeitig tun, um Verletzungen des Stabilitätsziels vorzubeugen. Ein wichtiger Faktor für die Prognose des Preisauftriebs wird die Lohnentwicklung im Euro-Raum sein. Käme es zu einer stärkeren Abweichung der Geldmengenentwicklung vom Referenzwert nach oben, wäre eine Anhebung der Leitzinsen erforderlich, sofern die EZB nicht belegen könnte, daß die Geldmenge die nachfragewirksame Liquidität überzeichnet.

Die hier prognostizierte Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik ist für sich genommen kein Argument für eine Straffung der monetären Zügel. Blicke die Lohnentwicklung im Aufschwung maßvoll, könnten Arbeitskräfte eher in den Produktionsprozeß integriert werden, und entsprechend stärker könnten das Bruttoinlandsprodukt und das Produktionspotential ohne eine Gefährdung der Preisniveaustabilität steigen.

Finanzpolitik

Auf der finanzpolitischen Agenda steht derzeit zum einen die Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen die mittelfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erreicht werden soll. Zum anderen ist möglichst schnell Klarheit darüber zu schaffen, wie das Steuersystem an die zukünftigen Herausforderungen angepaßt werden kann.

Die Aussichten für die öffentlichen Haushalte sind nach Auffassung der Institute nicht so ungünstig, wie dies in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck kommt; dies gilt zumindest für den Gesamtstaat. Die finanzielle Lage hat sich im vergangenen Jahr durch die Kürzung von Ausgaben und die Belebung der Konjunktur verbessert. In diesem Jahr wird die Defizitquote trotz schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung erneut leicht sinken, nach 2 vH im Jahr 1998 auf $1\frac{3}{4}$ vH in diesem Jahr (1997: 2,7 vH). Für das nächste Jahr ist mit einem weiteren Rückgang der Quote auf $1\frac{1}{2}$ vH zu rechnen. Dabei ist unterstellt, daß etwaige neue Steuerentlastungen das Defizit nicht erhöhen, die entsprechenden Mindereinnahmen also durch Ausgabenkürzungen und eine Reduzierung von Steuervergünstigungen finanziert werden. Die Rückführung der Fehlbeträge macht somit Fortschritte. Die hier für die Jahre 1999 und 2000 prognostizierten Defizitquoten liegen um 0,3 bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den von der Bundesregierung in ihrem Stabilitätsprogramm vom Januar 1999 für diese Jahre jeweils anvisierten Quoten von 2 vH. Das für das Jahr 2002 angestrebte Ziel von 1 vH erscheint also erreichbar.

Da die Defizitrückführung mit einer Senkung der Abgabenquote einhergehen soll, ist es in den kommenden Jahren erforderlich, den Anstieg der Staatsausgaben weiterhin deutlich unter dem des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu halten. In diesem Jahr dürfte dies, anders als in den beiden vorangegangenen Jahren, nicht gelingen. Während sich der Anstieg der Staatsausgaben auf 3 vH beschleunigt, steigt das nominale Bruttoinlandsprodukt nur um 2,6 vH; die Staatsausgabenquote erhöht sich damit erstmals seit vier Jahren wieder, und zwar von 48 vH auf 48¼ vH. Da ein großer Teil der Ausgaben vorgegeben ist, nicht zuletzt auch durch die höheren Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst, würden bei einem Festhalten an der geplanten Senkung der Ausgabenquote vor allem die öffentlichen Investitionen getroffen und damit die Konjunktur beeinträchtigt. In der Folge würde dann das

staatliche Budgetdefizit steigen, so daß nichts gewonnen wäre. Konkret heißt dies, daß jetzt nicht versucht werden sollte, mit Kürzungen bei den Investitionen den Ausgabenanstieg zu begrenzen. Sollte sich die Konjunktur nicht so erholen wie hier prognostiziert, dann müßte das höhere Defizit infolge des Wirkens der automatischen Stabilisatoren des öffentlichen Finanzsystems hingenommen werden. Die Institute plädieren also für einen finanzpolitischen Kurs, der die mittelfristigen Haushaltsziele zwar im Auge behält, aber gleichzeitig die wirtschaftliche Belebung nicht behindert.

Für das Jahr 2000 erwarten die Institute, daß sich der Ausgabenanstieg wieder abschwächt und die Staatsausgabenquote um einen Prozentpunkt auf 47¼ vH sinkt (vgl. Tabelle 3.2). Bei einer Fortsetzung dieses Kurses erscheint die für das Jahr 2002 von der Regierung anvisierte Quote von

Tabelle 3.2:
Ausgaben des Staates, Abgaben, Budgetsaldo und Schuldenstand
- in vH des Bruttoinlandsprodukts -

	Ausgaben ^a	Abgaben ^a	darunter		Sonstige Einnahmen ^a	Budgetsaldo ^a	Schuldenstand ^b
			Steuern	Sozialbeiträge			
Früheres Bundesgebiet							
1960	32,9	33,4	23,0	10,3	2,6	3,0	17,4
1970	39,1	36,6	24,0	12,6	2,7	0,2	18,6
1980	49,0	42,8	25,9	16,9	3,3	-2,9	31,8
1985	48,0	42,8	25,2	17,6	4,0	-1,2	41,7
1990	46,1	40,5	23,6	16,9	3,5	-2,1	45,6
Deutschland							
1991	48,9	42,1	24,2	18,0	3,3	-3,3	45,5
1992	49,5	42,8	24,5	18,3	3,9	-2,8	50,4
1993	50,6	42,3	24,4	18,8	3,7	-3,5	56,7
1994	50,1	43,7	24,4	19,3	3,7	-2,6	57,4
1995	50,9 ^c	43,9	24,4	19,5	3,7	-3,5 ^c	58,3
1996	50,3 ^d	43,3 ^d	23,2 ^d	20,0	3,4	-3,5	60,8
1997	49,0	42,8	22,7	20,1	3,4	-2,8	61,5
1998	48,0	42,5	22,9	19,6	3,3	-2,1	61,1
1999	48,2	43,1	23,6	19,5	3,2	-1,8	61,5
2000	47,2	42,6	23,5	19,2	3,0	-1,5	61,0
Zielwert 2002	45,0	40,5	.	.	.	-1,0	59,5

^a Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^b Öffentliche Haushalte (ohne Sozialversicherung; ab 1991 einschließlich Bundesbahn/Reichsbahn, Treuhandanstalt und ehemals staatliche Wohnungswirtschaft der DDR sowie neuer Sondervermögen wie z.B. Erblastentilgungsfonds; ab 1995: Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht); Stand am Jahresende in vH des Bruttoinlandsprodukts des betreffenden Jahres. – ^c Ohne Vermögensübertragungen infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Staat. – ^d Ab 1996 veränderte Buchung des Kindergeldes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute

45 vH erreichbar. Wichtig ist dabei auch, wo und wie gekürzt wird. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, daß es im staatlichen Sektor noch erhebliche Produktivitätsreserven gibt, die man mit Hilfe gleichzeitiger Effizienzverbesserungen, z.B. durch neue Anreizsysteme, ausschöpfen kann.

Da nach der Prognose der Institute im nächsten Jahr die Defizitquote des Staates um einen halben Prozentpunkt niedriger ist als von der Bundesregierung anvisiert, könnte man zum einen den Spielraum nutzen, die Abgabenquote im Jahr 2000 um einen halben Prozentpunkt stärker zu senken als hier prognostiziert; dies entspricht einem Betrag von rund 20 Mrd. DM. Das Defizitziel der Bundesregierung wäre damit immer noch eingehalten. Die andere Möglichkeit ist, die Defizitquote schneller als geplant zu senken, um bereits im Jahr 2002 einen vollständigen oder nahezu vollständigen Budgetausgleich zu erreichen, der nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mittelfristig angestrebt werden soll. Die Chance der ersten Strategie bestünde darin, daß durch die schnellere Senkung der Abgabenquote in der Wirtschaft eine größere Dynamik entsteht und somit auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit schneller vorankommt. Das Problem ist aber, daß damit der weitere Abbau des strukturellen Budgetdefizits um ein Jahr verschoben wird. Bei der zweiten Strategie sinkt das Staatsdefizit schneller. Dies kommt nicht zuletzt auch dem Bundeshaushalt zugute, dessen Defizit sich knapp an der von Artikel 115 Grundgesetz gezogenen Obergrenze bewegt. Angesichts nach wie vor bestehender Haushaltsrisiken (u.a. auch als Folge des Kosovokonflikts) scheint die Umsetzung der ersten Strategie weniger wahrscheinlich als die der zweiten. Damit begäbe man sich allerdings auch der Chance, schon im nächsten Jahr eine deutliche Nettoentlastung durchzuführen und somit die wirtschaftliche Dynamik stärker zu erhöhen.

Mit der inzwischen verabschiedeten Steuerreform werden die tariflichen Steuersätze schrittweise gesenkt, und die Steuerbemessungsgrundlage wird verbreitert. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Institute hatten in ihrem Gutachten vom Herbst vergangenen Jahres größere Tarifsenkungen und größere Brutto- und Nettoentlastungen für die Steuerzahler empfohlen. Sie begrüßen es daher, daß die Bundesregierung weitere Reformmaßnahmen vorbereitet, um insbesondere auch die Steuerbelastung für die Unternehmen zu senken. Nach der Dauerdiskussion über Steuerreformen wäre es jetzt wichtig, mehr Klarheit über den finanz- und steuerpolitischen Kurs zu schaffen. Die Re-

form sollte rasch beschlossen werden, so daß die steuerpolitische Debatte endlich zur Ruhe kommt. Dazu ist es auch notwendig, die Diskussion zu versachlichen. So konzentrierte sich die Diskussion um das Steuerentlastungsgesetz zuletzt nur noch auf die Maßnahmen der Finanzierung, während die gleichzeitige Tarifsenkung kaum mehr zur Kenntnis genommen wurde. Auch bei der Ökosteuer wurden die Belastungsrechnungen häufig ohne Berücksichtigung der gleichzeitigen Senkung der Sozialabgaben durchgeführt. So entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß durch diese Reformen die Gesamtbelastung stark steigen würde. Tatsächlich verändert sich durch diese Maßnahmen insgesamt die volkswirtschaftliche Abgabenquote im laufenden Jahr nicht, und im Jahr 2002 sinkt sie um einen halben Prozentpunkt. Allerdings wird der Unternehmenssektor per saldo durch die bisherigen Reformen belastet. Die privaten Haushalte werden hingegen entlastet, wenn auch erst im Jahr 2002 in nennenswertem Umfang.⁶

Die Bundesregierung hat in Aussicht gestellt, den tariflichen Steuersatz auf Unternehmenseinkünfte einschließlich der Gewerbebeertragsteuer auf 35 vH zu senken. Gegenwärtig beträgt dieser Satz 52 vH (Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag). Eine Senkung des Gewinnsteuersatzes um 17 Prozentpunkte wäre ein gewaltiger Schritt, der im internationalen Vergleich der Unternehmensteuersätze Deutschland von einem Platz in der „Spitzengruppe“ zu einem Platz im unteren Drittel bringen würde (vgl. Tabelle 3.3). Da sich Standortdiskussionen häufig an den tariflichen Steuersätzen orientieren, würde nach dieser Reform der Standort Deutschland, zumindest was

⁶ Entlastend für die Unternehmen wirkt die Senkung der Tarife bei der Einkommensteuer (der Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte sinkt im Jahr 1999 auf 45 vH und im Jahr 2000 auf 43 vH, und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne sinkt 1999 von 45 vH auf 40 vH). Belastend wirkt die gleichzeitige Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Auswirkungen dieser steuerlichen Veränderungen auf den Unternehmenssektor lassen sich nur grob abschätzen, weil entsprechende Statistiken nicht verfügbar sind und weil sich die Zuordnung der einzelnen Maßnahmen zum Unternehmenssektor und zum privaten Haushaltssektor nur mit Hilfe vereinfachter Annahmen vornehmen läßt. Nach Schätzungen der Institute ergibt sich, nimmt man die Ökosteuerreform einschließlich der Senkung der Sozialabgaben hinzu, im Jahr 1999 für die Unternehmen eine Mehrbelastung von 1 bis 2 Mrd. DM und für die privaten Haushalte eine Minderbelastung von 2 bis 3 Mrd. DM.

Tabelle 3.3:

Internationaler Vergleich der Körperschaftsteuersätze und der Einkommensteuerspitzensätze

- Stand 1998, in vH -

	Körperschaftsteuersatz ^a		Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer ^b	
	Bundesebene	Alle Ebenen	Bundesebene	Alle Ebenen
Deutschland	48 ^c	56,2 ^{c,d}	55,9 ^c	55,9 ^c
Frankreich	41,7	.	54	61,3
Italien	37	41,3	50,5 ^e	50,5 ^e
Großbritannien	31	31	40	40
USA	35	40,8 ^f	39,6	45,8 ^f
Japan	34	40,5	50	65
Kanada	28	44,6	31,3 ^e	49,6
Österreich	34	.	50	50
Dänemark	34	.	23,8	58
Finnland	28	.	38	55,5
Irland	32	32	48	48
Niederlande	35	35	60	60
Portugal	34	34	40	40
Schweiz	8	17-34	11,5	42,4
Australien	36	36	47	47
Neuseeland	33	33	33	33

^a Normalsätze auf einbehaltene Gewinne. – ^b Höchster Grenzsteuersatz auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. – ^c Einschließlich Solidaritätszuschlag. – ^d Einschließlich Gewerbeertragsteuer. – ^e Einschließlich Zuschläge. – ^f Staat New York.

Quellen: Zusammenstellung durch die Institute aus Unterlagen der OECD und des BMF.

dies betrifft, in einem sehr günstigen Licht erscheinen.

Die entscheidende Frage ist, wie diese Reform finanziert werden kann. Die Antwort hängt auch davon ab, ob die weitgehende Senkung der Unternehmensteuersätze ohne eine gleichzeitige Reduzierung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer sinnvoll erscheint. Im Rahmen dieses Gutachtens ist es nicht möglich, diese Fragen ausführlich zu behandeln. Die Bundesregierung hat dafür eigens eine Kommission einberufen, die in Kürze ihr Gutachten vorlegen wird. Grundsätzlich ist allerdings folgendes festzustellen:

Das Steuersystem verzerrt – bei gegebenem Gesamtaufkommen – um so weniger die Allokation der Ressourcen, je weniger Steuervergünstigungen es gibt, so daß die Steuersätze entsprechend niedriger sein können. Dies gilt nicht nur für die Unternehmensteuern, sondern für das Steuersystem insgesamt. Ein derartiges Steuersystem ist transparenter und damit weniger kompliziert, so daß für Steuerzahler und Staat weniger Verwaltungsaufwand anfällt. Auch nach der jüngsten Steuerreform ist festzustellen, daß die Einkommensteuer-

sätze noch relativ hoch sind. Außerdem ist das Steuerrecht erheblich komplizierter geworden.

Mit der deutlichen Senkung der Steuersätze für die Unternehmen vergrößert sich der Abstand zu dem Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer weiter. Wird ein einheitlicher Steuersatz auf Unternehmenserträge (Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer auf gewerbliche Einkünfte und Gewerbeertragsteuer) in Höhe von maximal 35 vH eingeführt, dann würde der Abstand zum Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer – dieser liegt ab dem Jahr 2002 bei 48,5 vH – 13,5 Prozentpunkte betragen. Privateinkommen würden gegenüber gewerblichen Einkommen diskriminiert, was verfassungsrechtlich nicht unproblematisch ist. Auch würde der Anreiz steigen, Scheinfirmen zu gründen, um Einkünfte als gewerbliche Einkünfte erklären zu können. Eine Lösung bestünde darin, den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer für alle Einkünfte deutlich zu senken, beispielsweise auf 40 vH oder sogar auf 35 vH. Eine derart starke Senkung der Steuersätze hätte allerdings erhebliche finanzielle Auswirkungen. Sie könnte wohl nicht mehr allein durch den Abbau von Steuer-

günstigungen und Ausgabenkürzungen finanziert werden. Vielmehr wäre eine spürbare Anhebung der indirekten Steuern notwendig. Allerdings würde bei einer derart umfassenden Steuerreform mit einer deutlichen Absenkung der Steuertarife bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, einer Reduktion der Nettosteuerlast und einer Verlagerung von den direkten auf die indirekten Steuern das Steuersystem wachstumsfreundlicher.

Auch ein kleinerer Reformschritt, der sich lediglich auf die Unternehmensteuern bezieht, wird sich wohl nur in mehreren Stufen durchführen lassen. Die in der Prognose für das Jahr 2000 eingestellte Bruttoentlastung der Unternehmen in Höhe von 7 Mrd. DM ist nur als Einstieg zur geplanten Senkung des gesamten Unternehmensteuersatzes auf 35 vH zu sehen. Dies und die gleichzeitig notwendige Reform des Familienleistungsausgleichs, für die hier im kommenden Jahr ein Betrag von 5 Mrd. DM angesetzt ist, erfordern – sollen sie defizitneutral finanziert werden – einen weiteren Abbau von Steuervergünstigungen und Ausgabenkürzungen von insgesamt 12 Mrd. DM. Wie im nächsten Abschnitt „Zum Subventionsabbau“ dargelegt, ist dies angesichts des potentiellen Kürzungsvolumens durchaus möglich. Gelingt aber selbst dieser relativ kleine erste Reformschritt nicht, dann könnte dies bei den Unternehmen, bei denen jetzt

entsprechende Erwartungen geweckt wurden, zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Reformfähigkeit der Wirtschaftspolitik führen.

Zum Subventionsabbau

Im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform steht der Subventionsabbau erneut in der öffentlichen Diskussion. Das Subventionsvolumen in Deutschland läßt sich je nach verwendeter definitorischer Abgrenzung auf 150 bis 290 Mrd. DM pro Jahr beziffern (vgl. Tabelle 3.4), wobei sich die niedrigere Summe ohne Berücksichtigung der Finanzhilfen der Länder und Gemeinden ergibt und der höhere Wert auch Finanzhilfen einschließt, die an quasi-staatliche Anbieter von Gütern und Dienstleistungen gezahlt werden. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind die Subventionen nach einem deutlichen Anstieg im Anschluß an die deutsche Vereinigung in den letzten Jahren wieder zurückgegangen; die Subventionsquote ist heute wieder ähnlich hoch wie im Durchschnitt der achtziger Jahre.

Obwohl von allen Seiten immer wieder die Notwendigkeit für einen umfassenden Subventionsabbau betont wurde, waren entsprechende Versuche bislang nicht sehr erfolgreich. Das erklärt sich auch daraus, daß sich der Kreis der Nutznießer von Sub-

ventionen relativ gut eingrenzen läßt, der der Nutznießer eines Subventionsabbaus hingegen nicht. Ein nachhaltiger Subventionsabbau wird also immer wieder durch eine politisch wie wirtschaftspolitisch ungünstige Konstellation behindert. Versteht man unter einer Subvention entsprechend der gemeinsamen Definition der Wirtschaftsforschungsinstitute staatliche Unterstützungen, die „durch eine Eingrenzung auf bestimmte Wirtschaftszweige, bestimmte wirtschaftspolitische Ziele, bestimmte Regionen, bestimmte Produktionsfaktoren, bestimmte Unternehmensgrößenklassen oder Unternehmensformen“ gekennzeichnet sind⁷, ist der Kreis der Begünstigten – und damit im Fall eines Abbaus auch der der Geschädigten – relativ genau zu definieren. Umgekehrt ist unklar, wer wann und in welchem Ausmaß von einem Subventionsabbau profitiert, weil dies letztlich die heterogene Gruppe der Steuerzahler ist. Hieraus ergibt sich politisch die Konsequenz, daß der Widerstand gegen Kürzungen von Subventionen sehr viel leichter zu organisieren ist als die Unterstützung für den Abbau. Subventionskürzungen schlagen sich unmittelbar in den Budgets von Unternehmen und privaten Haushalten nieder. Die positiven Effekte einer Entlastung des Staatshaushalts und damit letztlich der Steuerzahler sowie einer verbesserten Allokation der Ressourcen sind hingegen erst mittelfristig nach Such- und Anpassungsprozessen wirksam. Auch deshalb wird der Subventionsabbau nur zögerlich angegangen. Soll also ein Erfolg eintreten, gilt es, diese ungünstigen Voraussetzungen zu überwinden.

Unter diesem Blickwinkel ist es grundsätzlich sinnvoll, den Subventionsabbau mit der gleichzeitigen Steuerentlastung der Wirtschaft zu verbinden. Jenen, die durch die Subventionskürzungen Verluste erleiden, stehen damit jene gegenüber, die durch niedrigere Steuern begünstigt werden und deshalb ein unmittelbares Interesse an der Realisierung des Subventionsabbaus bekommen. Dies kann den Subventionsabbau erleichtern. Bedenklich ist allerdings, den Abbau von Subventionen zum Gegenstand eines Aushandlungsprozesses zu machen. Es ist nämlich keinesfalls gesichert, daß das zur Streichung genau jener Subventionen führen würde, deren Abschaffung die größten ökonomischen Vorteile bringen würde. Denn Subventionen können in bestimmten Fällen durchaus ein ad-

äquates Mittel sein, um Marktversagen zu korrigieren, d.h. wenn sie beispielsweise der Finanzierung öffentlicher Güter oder der Internalisierung externer Effekte dienen. Auch die Abfederung des Strukturwandels kann ein legitimes Mittel der Subventionspolitik sein.

Für den Abbau sollten – neben der fiskalischen Begründung – vor allem gesamtwirtschaftliche Aspekte maßgebend sein. Es sind solche staatlichen Hilfen zu streichen, die unter ökonomischen Aspekten als nicht sinnvoll angesehen werden, weil sie allokatonsverzerrend wirken. Die auf diese Weise eingesparten Mittel können volkswirtschaftlich produktiver eingesetzt werden und so höheres Wachstum und höhere Beschäftigung schaffen. Subventionen sollten immer zeitlich befristet und im Prinzip degressiv ausgestaltet sein. Die Gewährung von Subventionen ist immer eine Gratwanderung zwischen friktionserzeugendem Strukturwandel und wachstumsschädlicher Strukturkonservierung und bedarf ständiger Überprüfung.

Eine deutliche steuerliche Entlastung der Unternehmen würde sehr viel leichter fallen, wenn sie mit einer kräftigen Senkung der Subventionen verbunden würde. Die Rückführung der Subventionen sollte schrittweise erfolgen, um den Betroffenen die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen; die Steuerentlastung sollte hingegen so rasch wie möglich geschehen, um die Reallokationsprozesse einzuleiten. Für den Subventionsabbau muß ein verbindlicher Zeitrahmen vorgegeben werden. Auf diese Weise dürfte der Umstieg zu einem niedrigeren Subventionsniveau ohne allzu große Friktionen möglich sein. Die höhere Belastung des Staates, die durch dieses Vorgehen entsteht, ist lediglich temporärer Natur und kann als fiskalische Abfederung eines Reformprozesses verstanden werden, der letztlich zu höherem Wachstum führen sollte.

Es ist kaum möglich, eindeutige Kriterien für den Subventionsabbau zu benennen, aus denen sich unmittelbar ein Katalog von zu streichenden Hilfen ergibt. Die Begründungen, die sich in den Subventionsberichten zu den dort aufgeführten gut 100 Finanzhilfen und 80 Steuervergünstigungen aufgelistet finden, lassen kaum erkennen, welche Ziele mit den Subventionen verfolgt werden. Ein grobes Beurteilungskriterium ist die Unterscheidung der Subventionen nach investiver oder konsumtiver Verwendung. Ein weiteres Kriterium ist darüber hinaus die Dauerhaftigkeit bzw. Befristung. Auf mittlere Sicht sollten aber auch die wegen geltender Übereinkünfte und gesetzlicher Re-

⁷ Vgl. FRITZSCHE, B. et al.: Subventionen – Probleme der Abgrenzung und Erfassung, in: ifo Studien zur Strukturfor- schung, Nr. 4, 1988.

gelungen kurzfristig nicht disponiblen Subventionen wie z.B. im Kohlebergbau in Kürzungsüberlegungen einbezogen werden. Legt man diese Maßstäbe zugrunde, ließen sich in einem ersten Schritt Subventionen in Höhe von ca. 10 Mrd. DM kürzen.

Da sich die Streichung von Subventionen im Einzelfall so schwierig gestaltet, auch weil immer wieder scheinbar triftige Begründungen für jede einzelne Subvention angeführt werden, wird häufig empfohlen, eine lineare Kürzung vorzunehmen. Der Vorteil eines solchen Vorgehens besteht darin, daß die Belastungen breiter gestreut werden und dementsprechend auch für den einzelnen Subventionsbezieher geringer ausfallen und daß man sich nicht mehr mit den Gründen und Interessensvertretern jeder einzelnen Subvention auseinanderzusetzen braucht. Ein vorgegebenes Streichvolumen läßt sich auf diese Weise leichter umsetzen. Allerdings bleiben bei einer linearen Kürzung Subventionen bestehen, die ökonomisch keinen Sinn haben. Andere hingegen, deren Gewährung ökonomisch gerechtfertigt ist, werden reduziert. Die Politik kann sich auf Dauer einer gründlichen Durchforstung der Subventionen nicht verschließen. Leitlinie für eine künftige rationale Subventionspolitik sollte sein, Subventionen grundsätzlich nur noch zeitlich befristet zu vergeben und auch die Gewichte stärker von den Steuervergünstigungen auf die Finanzhilfen zu verlagern. Dies würde der Erhöhung der Transparenz bei den Subventionen dienen. Finanzhilfen müssen, anders als Steuervergünstigungen, Jahr für Jahr in den Haushalt eingestellt und neu beschlossen werden. Ähnlich wie dies auch bei der Vorbereitung von Steuerreformen üblich ist, halten die Institute eine bessere wissenschaftliche Begleitung, konkret die Einrichtung einer Kommission für den Subventionsabbau, für empfehlenswert.

Lohnpolitik

Die Lohnpolitik war in den vergangenen drei Jahren bestrebt, durch Lohnzurückhaltung die Bedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern. Die Lohnsteigerungen waren relativ moderat und blieben sogar hinter dem Produktivitätsanstieg zurück, so daß die Lohnstückkosten sanken. Dies hat zum Anstieg der Beschäftigung im letzten Jahr beigetragen; insofern war diese Lohnpolitik durchaus erfolgreich. Gleichwohl kam es in der diesjährigen Lohnrunde zu einer Abkehr vom bisherigen Kurs; von Gewerkschaftsseite wurden, begründet auch mit der Absicht einer Stärkung der Binnen-

nachfrage, erheblich höhere Lohnsteigerungen gefordert und durchgesetzt. Der Anstieg der Tariflöhne hat sich dadurch wieder deutlich verstärkt; im Jahr 1999 wird er mit 3 vH fast doppelt so hoch sein wie im Vorjahr.

Die Lohnrunde des Jahres 1999 gibt nach Ansicht der Mehrheit der Institute Anlaß zur Sorge. Sie hat die Unsicherheit über den mittelfristigen Kurs der Lohnpolitik beträchtlich erhöht. Derzeit ist nur schwer abzuschätzen, ob die diesjährigen Tarifabschlüsse lediglich ein einmaliges Abweichen von der Politik der Lohnzurückhaltung darstellen. Eine Abkehr vom bisherigen Kurs ist nach Meinung der Mehrheit der Institute der falsche Weg. Nachhaltig höhere Reallohnsteigerungen, die den Produktivitätsanstieg voll ausschöpften, würden die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen mindern und die Investitionsneigung beeinträchtigen. Die Beschäftigung wäre geringer als bei Fortsetzung einer moderaten Lohnpolitik. Zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt hält die Mehrheit der Institute deshalb, wie in den Gutachten der Jahre 1997 und 1998 ausführlich dargelegt, nach wie vor eine Politik der Lohnzurückhaltung für notwendig.

Beschäftigungspolitische Erfolge verspricht sich die Bundesregierung weiterhin vom „Bündnis für Arbeit“. Der Beginn war indes wenig ermutigend. Das liegt auch daran, daß der Themenkreis sehr weit gefaßt war und nahezu alle Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik einbezogen wurden. Bei einem zu großen Rahmen läuft ein Bündnis für Arbeit Gefahr, sich zu verzetteln. Es sollte sich deshalb auf zwei Punkte konzentrieren, nämlich die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Lohnkosten zu verringern und einen Konsens über die mittelfristige Orientierung der Lohnpolitik anzustreben.

Deshalb macht es keinen Sinn, wie bisher die Tarifpolitik auszuklammern. Zwar ist diese prinzipiell Sache der Tarifparteien; gleichwohl kann die Einbeziehung der Bundesregierung von Nutzen sein. Denn sie könnte ebenfalls zur Reduzierung von Unsicherheiten beitragen, etwa durch die Darlegung einer glaubwürdigen Strategie über die mittelfristige Entwicklung der vom Staat beeinflussten Lohnnebenkosten, der von staatlicher Seite geplanten Beanspruchung der Verteilungsspielräume oder generell durch die Schaffung von mehr Transparenz in der Wirtschaftspolitik. Das trüge möglicherweise dazu bei, die Akzeptanz für notwendige Reformvorhaben etwa im Bereich der

Rentenversicherung oder des Gesundheitssystems zu erhöhen.

Rasche Beschäftigungserfolge sind von einem Bündnis für Arbeit sicherlich nicht zu erwarten. Konkrete Arbeitsplatzzusagen als Gegenleistung für Lohnzugeständnisse können von den Unternehmensverbänden nicht gegeben werden, da ihre Einhaltung wegen der Entscheidungsfreiheit der einzelnen Unternehmen nicht garantiert werden kann. Entsprechendes gilt auch für den Staat; er sollte sich nicht zu einer Beschäftigungsgarantie verleiten lassen. Ein Bündnis für Arbeit könnte allerdings indirekt, über günstigere Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt und über die Erhöhung

der Planungssicherheit, zur Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen. Jedoch birgt eine solche „korporatistische“ Politik auch Risiken. So besteht die Gefahr, daß die Lohnpolitik noch zentralistischer als bisher wird und der Spielraum für die Berücksichtigung branchen- oder unternehmensspezifischer Besonderheiten noch mehr eingeengt wird. Bedenklich ist zudem die in solchen „Bündnissen“ zum Ausdruck kommende Tendenz, die Wirtschaftspolitik mehr und mehr zwischen Interessengruppen „auszuhandeln“ und Vertretern ohne politisches Mandat ein immer stärkeres Mitspracherecht einzuräumen.

* * *

Eine andere Meinung zur Lohnpolitik

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) teilt die Befürchtungen der Mehrheit der Institute zum Kurs der Lohnpolitik und zur aktuellen Lohnentwicklung nicht.

Die gegensätzliche Beurteilung der Lohnpolitik des Jahres 1999 ist im Kern in einer unterschiedlichen Vorstellung über den Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Beschäftigung begründet. Die Mehrheit der Institute unterstellt, daß mit dem für 1999 prognostizierten Lohnanstieg ein stärkerer Beschäftigungsaufbau verhindert wird, als er sich bei mehr Lohnzurückhaltung ergeben hätte. Nach Auffassung des DIW ist Lohnzurückhaltung nur dann sinnvoll, wenn es zuvor durch Übersteigerungen zu einer Einschränkung der Rentabilität der Unternehmen gekommen ist. Dies ist aber in Westdeutschland über einen längeren Zeitraum nicht der Fall gewesen. Im Gegenteil, nach Berechnungen des Sachverständigenrates ist die Rentabilität der Unternehmen derzeit so hoch wie in der Boomphase Ende der achtziger Jahre. Des weiteren hat die außerordentlich ausgeprägte Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren die Verbrauchsnachfrage in Deutschland im Vergleich mit früheren Zyklen nur sehr schwach expandieren lassen. Damit ist die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung und der Investitionstätigkeit durch die ausgeprägte Lohnmäßigung der vergangenen drei Jahre eher gebremst denn gefördert worden. Eine lohnpolitische Strategie, die weder die Angebots-

noch die Nachfragebedingungen belastet, muß an der mittelfristigen Produktivitätszunahme ausgerichtet sein. Die Obergrenze der Lohnsteigerungen bei diesem Kurs wird von der Zuwachsrate der Trendproduktivität zuzüglich der von der Zentralbank tolerierten Inflationsrate definiert.

Der bei dieser Strategie für Lohnerhöhungen zur Verfügung stehende Spielraum beträgt gegenwärtig etwa 4 vH. Dieser ergibt sich aus einer Entwicklung der Trendproduktivität von etwa 2½ vH und einer Inflationsrate von rund 1½ vH. Nach der gemeinsamen Prognose der Institute werden die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Stunde 1999 um 3,1 vH steigen. Die Lohnzuwächse liegen damit unterhalb jener Rate, die noch mit einer produktivitätsorientierten Lohnentwicklung vereinbar wäre. Auch bei der Berücksichtigung des tatsächlichen Produktivitätsfortschritts, der aufgrund der Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Eintrübung deutlich hinter dem mittelfristigen Pfad zurückbleibt, geben die diesjährigen Lohnabschlüsse keinen Anlaß zur Sorge. Die Lohnstückkosten steigen mit einer Rate von 1,2 vH und gefährden damit weder die Preisstabilität, noch verlieren die deutschen Unternehmen innerhalb des Euro-Raums an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, da die Lohnstückkosten in den übrigen Ländern mit ähnlichen Raten zunehmen. Dies gilt um so mehr, als mit dem zu erwartenden Wegfall der Einmalzahlungen im nächsten Jahr, selbst bei

gleichen Tariflohnabschlüssen wie 1999, die Lohnkosten wieder etwas schwächer zunehmen werden.